

- Studie zur sozialen Spaltung -

1 Deutschland hat ein Teilhabeproblem - Eine Gesellschaft driftet auseinander!

1.1 Deutschland wird ungerechter

Wie gleich müssen die Bürger, wie unterschiedlich dürfen sie sein, damit eine Gesellschaftsordnung als gerecht empfunden wird? Das heißt, soziale Gerechtigkeit hat nicht die Gleichheit aller zum Ziel, sondern das Maß der sozialverträglichen Ungleichheit. Dass jemand, der viel und fleißig arbeitet, mehr verdient als jemand, der faul und nachlässig ist, dürfte allgemein akzeptiert sein. Dass Männer und Frauen für denselben Job ein unterschiedliches Gehalt bekommen, was manchmal heute noch so ist, dürfte allgemein als ungerecht empfunden werden.<sup>1</sup> Gerechtigkeit hat also mit Gleichheit zu tun.

Das Einkommen ist nur ein Feld sozialer Ungleichheit und damit möglicher sozialer Ungerechtigkeit. Andere Felder sind Bildungschancen, soziale Sicherung sowie Gesundheitsversorgung. Zunehmend wird auch die Generationengerechtigkeit diskutiert, also die Frage, wie viel Schulden und Lasten die jetzt beruflich aktive Generation eigentlich der nächsten Generation zurücklassen darf.

Natürlich steht soziale Gerechtigkeit im Verhältnis zur sozialen Ungleichheit. Während man die aber messen und beschreiben kann, ist soziale Gerechtigkeit eine Frage der Bewertung

Deutschland hat in Sachen sozialer Gerechtigkeit noch einigen Nachholbedarf.<sup>2</sup> Das besagt der OECD-Gerechtigkeitsindex (s. auch Anlage 1). Ein Blick auf einzelne Zieldimensionen sozialer Gerechtigkeit verdeutlicht dies.



Armutsvermeidung:

Einkommensarmut hat in der Bundesrepublik in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen. Besorgnis erregend ist das Phänomen der Kinderarmut.

Bildungszugang:

<sup>1</sup> [www.bpb.de/Themenblatt](http://www.bpb.de/Themenblatt) Gleichheit

<sup>2</sup> Studie der Bertelsmann Stiftung aus 2014

Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt stark mit ihrem jeweiligen sozioökonomischen Hintergrund zusammen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus einem sozial schwachen Umfeld durch Bildung befähigt werden, am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, ist in Deutschland geringer als in vielen anderen OECD-Staaten. Die Investitionen in frühkindliche Bildung, einem der Schlüsselfelder zur Gewährleistung gleicher Lebenschancen, sind zudem noch stark ausbaufähig.

#### Arbeitsmarktinklusion:

Einige gesellschaftliche Gruppen - wie Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte – haben nach wie vor große Schwierigkeiten, in Beschäftigung zu kommen. Hinsichtlich der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit liegt Deutschland im OECD-Vergleich sogar auf dem vorletzten Platz.

#### Soziale Kohäsion und Gleichheit:

Die Ungleichverteilung der Einkommen hat innerhalb der letzten rund zwei Jahrzehnte so stark zugenommen wie in kaum einem anderen OECD-Mitgliedsland. Mit Blick auf den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist eine solche Polarisierungstendenz bedenklich. Bei Fragen der Gleichbehandlung und der Vermeidung von Diskriminierungen gibt es in Deutschland Defizite. Auch bei der Integration von Zuwanderern erhält Deutschland eher mäßige Noten. Zuwanderung wird in der öffentlichen Debatte häufig mehr als Risiko denn als Chance betrachtet.

#### Generationengerechtigkeit:

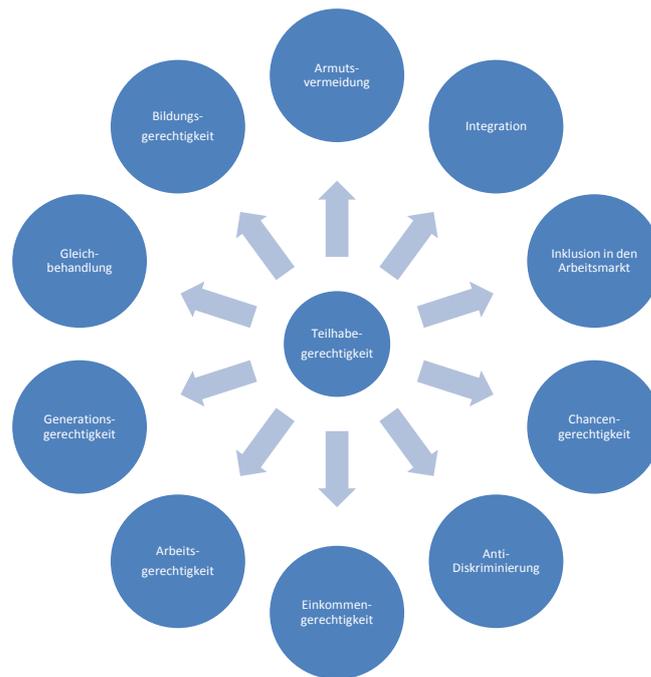
Es besteht umweltpolitischer Handlungsbedarf, insbesondere im Hinblick auf einen verbesserten Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien. Ausbaufähig sind auch die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die maßgeblich über die Innovationsfähigkeit eines Landes und damit auch über dessen Wohlstand entscheiden.

Darüber hinaus wurde die wachsende Kluft zwischen Privilegierten und Benachteiligten kritisiert.

Bei der Sozialen Gerechtigkeit wird oftmals nur die Einkommensverteilung betrachtet. Das greift allerdings zu kurz, denn auch andere Chancen, die die Gesellschaft gewährt (oder eben nicht), sind für das Leben der Menschen wichtig.

In Deutschland wird soziale Gerechtigkeit als ideelles Ziel angesehen. Der Sozialstaatsgedanke leitet sich dabei aus Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz ab, in dem es um das Bestreben der Sozialpolitik geht. Dem Bürger soll dadurch eine existenzsichernde Teilhabe an den materiellen und geistigen Gütern der Gemeinschaft garantiert werden. Vor allem soll eine Mindestsicherheit zur Führung eines selbst bestimmten Lebens in Würde und Selbstachtung gewährleistet sein.

Aus der Teilhabegerechtigkeit lassen sich klare Handlungsfelder ableiten, die das im deutschen Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz) konkretisieren: Die effektive Vermeidung von Armut sowie von Löhnen unter der Armutsschwelle, Einkommensgerechtigkeit, gerechte Zugangschancen zu Bildung und Arbeit, Chancengerechtigkeit, Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Inklusion in den Arbeitsmarkt, Schutz vor und Bekämpfung jeglicher Art von Diskriminierung (Anti-Diskriminierung), die Förderung von Gleichbehandlung, eine wertschätzende Integrationspolitik sowie eine nachhaltige Politik für einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen bilden dabei die zentralen Dimensionen, für die der Staat aktiv im Einklang mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Sorge tragen muss.



Der internationale Vergleich zeigt eindeutig: Soziale Gerechtigkeit und marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit müssen sich keineswegs gegenseitig ausschließen; dies belegen insbesondere die Erfolgsbeispiele der nordeuropäischen Länder. Sie sind offenbar am besten in der Lage, für gleiche Verwirklichungschancen innerhalb ihrer Gesellschaften zu sorgen. Freilich heißt dies nicht, dass Politikmuster, die in einem Land erfolgreich sind, zwangsläufig auch im Rahmen eines anderen politischen Systems genauso funktionieren. Langfristige institutionelle Pfadabhängigkeiten oder unterschiedliche politische Kulturen und Wohlfahrtsstaatsverständnisse müssen bei dem Blick ins Ausland immer relativierend in Rechnung gestellt werden. Doch sollte dies nicht davon abhalten, sich bei der Suche nach adäquaten Problemlösungsansätzen von erfolgreichen Maßnahmen und Prioritätensetzungen in anderen Ländern inspirieren zu lassen.

Insgesamt gilt: Die Herstellung gleicher Teilhabechancen ist nicht nur eine ethisch-soziale Verpflichtung im Sinne gesellschaftlicher Solidarität und gegenseitiger Verantwortung, sondern sie ist auch eine grundlegende Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft überhaupt.

Deutschland kann es sich moralisch, politisch und ökonomisch nicht leisten, große Potentiale gegenwärtiger und künftiger Generationen dadurch zu verspielen, dass viele Menschen hinsichtlich der Teilhabe an Bildung und Erwerbstätigkeit strukturell benachteiligt sind. Diese Defizite gilt es zu beheben - allerdings weniger durch kompensierende Ausgleichmaßnahmen nach dem „Gießkannenprinzip“, als vielmehr durch zielgruppenorientierte Maßnahmen monetärer wie nichtmonetärer Art, etwa im Schlüsselbereich frühkindliche Bildung. Generelle Voraussetzung für eine teilhabeorientierte Politik ist ein allgemein akzeptierter Regelungs- und Orientierungsrahmen, in dem Werten wie Solidarität, gesellschaftliche Verantwortung und Gemeinwohlorientierung ein hoher Stellenwert zukommt. Die Politik - aber auch jeder einzelne Bürger - ist entsprechend aufgefordert, sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft einzusetzen, in der wirtschaftliche Leistungskraft und sozialer Ausgleich nicht miteinander konkurrieren sondern sich vielmehr gegenseitig stützen und bedingen.

Ein sozial gerechteres Deutschland gelingt nur, wenn sich alle für Verteilungsgerechtigkeit, gerechte Teilhabe und bessere Lebenschancen einsetzen.

## 1.2 Soziale Spaltung nimmt zu

Die zentralen Probleme in Deutschland sind die ungleich verteilten Chancen und Ressourcen. Diese verhindern die Verwirklichung des gesellschaftlichen Ziels der gleichberechtigten Teilhabe. Diese sozia-

le Ungleichheit besteht unter anderem beim Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt, zur politischen Partizipation und zum angemessenen Wohnraum und sie wächst bedrohlich.<sup>3</sup> Dabei geht es nicht nur um vertikale Ungleichheiten zwischen arm und reich, sondern auch zwischen nicht-behinderten und behinderten Menschen, zwischen Männern und Frauen, etc. Hier wird deutlich: Ungleichheit führt häufig auch zu Ungerechtigkeit, Benachteiligung und Diskriminierung. Gerechtigkeit hat immer mit gleichberechtigter Teilhabe zu tun.

Unsere Gesellschaft ist von struktureller Ungleichheit sowie von verfestigter Armut und von abnehmender Aufstiegsmobilität geprägt. Armut und Arbeitslosigkeit sind wesentliche Faktoren für soziale Ausgrenzung.

Die Ungleichheit hat seit Anfang der 80er-Jahre zugenommen und bedrohliche Ausmaße angenommen. Dadurch kann die Gesellschaft aus der Balance geraten. Besonders betroffen sind in der Regel die Ärmsten der Gesellschaft und junge Menschen mit schlechter Ausbildung.<sup>4</sup>

### Deutschland gerät aus der Balance.

Die zunehmende Ungleichheit stellt ein Problem dar, weil sie eine ungleiche Verteilung von Freiheit und politischen Einflusschancen mit sich bringt, zu makroökonomischer Instabilität beiträgt und Teilhabechancen untergräbt. Somit ist die Ungleichheit gleich mit drei Krisen verwoben, die nicht getrennt voneinander betrachtet werden können: eine Krise der Demokratie, der sozialen Teilhabe und der ökonomischen Stabilität.<sup>5</sup>

In Deutschland vollzog sich in den vergangenen Jahrzehnten ein grundlegender sozialer Wandel, besonders nach 1989. Dies betraf alle, insbesondere die Menschen in den neuen Bundesländern. Sie erlebten enorme politische, ökonomische und gesellschaftliche Umwälzungen.

Die Ungleichheit der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten hat sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung zwischen 1998 und 2007 verstärkt.<sup>6</sup> Privilegierte Bevölkerungsgruppen – hohes Einkommen, hoher beruflicher Status, Selbsteinordnung in einer hohen Gesellschaftsschicht – sehen für sich in diesem Zehnjahreszeitraum einen Chancenzuwachs; benachteiligte Gruppen – niedriges Einkommen, Arbeitslose, Selbsteinstufung unten in der gesellschaftlichen Hierarchie – eine Schwächung ihrer Möglichkeiten. Weitere Spaltungstendenzen lassen sich erkennen: Aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu sein, bedeutet nach der Umsetzung der Arbeitslosengeld-II-Reformen mehr denn je, sich seiner gesellschaftlichen Teilhabechancen beraubt zu sehen.<sup>7</sup>

Armut hat sich trotz gesteigener Erwerbsquoten nicht verringert und die steigende Anzahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse bringt Verunsicherung mit sich, sowohl materiell als auch für eine langfristige Lebensplanung. Konsumchancen von Arbeitslosen verschlechtern sich; die Vermögenskonzentration hingegen hat sich intensiviert. Das Risiko, dauerhaft in einer von Armut gekennzeichneten Lebenslage zu verbleiben, ist nach wie vor groß und wird bis in die nächste Generation hineingetragen.<sup>8</sup>

Besonders alarmierend ist die abnehmende Aufstiegsmöglichkeiten aus Armut, und dies obwohl die aktivierende Sozialpolitik gerade auf diese setzt. Alarmierend ist aber auch die regelrechte Vernichtung von Aufstiegschancen in Ostdeutschland. Es ist davon auszugehen, dass die jüngeren Tendenzen einer langfristigen Verfestigung von Armut den in Ostdeutschland bereits deutlich erkennbaren, im Westen sich erst ansatzweise abzeichnenden Rückgang der intergenerationalen Aufstiegsmöglichkeiten weiter

<sup>3</sup> Gastbeitrag Mekonnen Mesghena zum Newsletter Nr. 12 vom 13.6.2013 des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE) unter

[http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12\\_Gastbeitrag\\_Mesghena.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL12_Gastbeitrag_Mesghena.pdf)

<sup>4</sup> <http://www.welt.de/wirtschaft/article128319368/Deutschland-bekommt-ein-Problem-mit-Altersarmut.html>,

<sup>5</sup> <http://www.bpb.de/apuz/201654/ungleichheit-als-gefahr-fuer-demokratie-teilhabe-und-stabilitaet?p=all>

<sup>6</sup> Vgl. Petra Böhnke, Determinanten und Entwicklung subjektiv wahrgenommener Teilhabechancen, in: Martina Löw (Hrsg.), Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012, Frankfurt/M.–New York 2014 (CD-ROM).

<sup>7</sup> <http://www.bpb.de/apuz/201647/wahrnehmung-sozialer-ausgrenzung?p=1>

<sup>8</sup> <http://www.bpb.de/apuz/201647/wahrnehmung-sozialer-ausgrenzung>

verschärfen werden – darauf deuten auch Analysen zur Entwicklung von Jugendarmut, in der sich ein zunehmender Effekt der sozialen Herkunft beobachten lässt.<sup>9</sup>

Im Jahr 2013 bewerten rund 44 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland ihr Einkommen als ungleich, in Westdeutschland war es etwa jeder dritte Erwerbstätige. Einer der Gründe, warum in Ostdeutschland weiterhin ein relativ hohes Niveau an wahrgenommener Lohnungerechtigkeit besteht, sind die existierenden Ost-West-Unterschiede im Einkommen.

Es ist weiterhin so, dass die Vermögen in Ostdeutschland signifikant niedriger ausfallen als in Westdeutschland. Zum Beispiel verfügen westdeutsche Erwachsene im Jahr 2012 im Durchschnitt über etwa 94.000 Euro, in Ostdeutschland liegt dieser Wert gerade einmal bei 41.000 Euro.

Darüber hinaus sind die überbordenden Kosten um Hartz IV, aber auch die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen Mahnung für alle politisch Verantwortlichen, Antworten zu finden.<sup>10</sup>

Im Jahr 2012 besaß schätzungsweise 1 Prozent der deutschen Bevölkerung ein Drittel des gesamten Privatvermögens. 0,1 Prozent der deutschen Haushalte besitzen zwischen 14 und 16 Prozent des Gesamtvermögens. Die reichsten zehn Prozent vereinigen den Schätzungen zufolge 63 bis 74 Prozent des Privatvermögens im Land auf sich. Das ergab eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).<sup>11</sup>

**Wenige Menschen besitzen viel und viele wenig.  
Die Gesellschaft wird ungleicher.**

Ökonomische Ungleichheiten haben in Deutschland signifikant zugenommen. Während am oberen Rand eine Konzentration von Spitzeneinkommen und Vermögen stattfindet – begünstigt durch eine entsprechende Steuerpolitik – verfestigt sich am unteren Rand die Armut auf dramatische Weise. Diese Polarisierungen der Sozialstruktur sind eingebettet in eine anhaltend hohe Chancenungleichheit im deutschen Bildungs- und Berufssystem.<sup>12</sup>

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Ungleichheit der Lebenseinkommen der Arbeitnehmer verdoppelt. Es gibt einen deutlichen Trend, dass die Lebenseinkommen weiter divergieren. Im unteren Lohnbereich nehmen die Einkommen real gesehen ab. Die Einkommen werden zunehmend ungleich verteilt. Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse nehmen zu: Schlecht bezahlte Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs, erzwungene Teilzeit, Arbeit auf Abruf, unbezahlte Überstunden, befristete Arbeitsverhältnisse und prekäre Solo-Selbstständigkeit sind auf dem Vormarsch. Immer mehr Menschen sind dem Hartz IV-Regime unterworfen. Sie sehen sich Sanktionen ausgesetzt, wenn sie sich weigern, unsichere oder schlecht bezahlte Arbeit aufzunehmen, sie werden in 1-Euro-Jobs gedrängt oder bleiben auf Dauer von Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Prekäre Arbeit und Erwerbslosigkeit führen nicht selten zu prekären Lebensverhältnissen. Es steigt die Zahl derjenigen, die auf diese Weise zumindest teilweise von der sozialen und kulturellen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden. Betroffen von Armut sind vor allem Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit einer Behinderung, Wohnungslose sowie Menschen mit Migrationshintergrund.

Seit der Euro-Einführung sind die Reallöhne um 3 Prozent gesunken. Die Unternehmensgewinne sind dagegen in den letzten 10 Jahren um über 50 Prozent gestiegen. Zugleich sind insbesondere seit Einführung von Hartz IV der Niedriglohnsektor und der Anteil prekärer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt

<sup>9</sup> Vgl. Olaf Groh-Samberg/Wolfgang Voges, Precursors and Consequences of Youth Poverty in Germany, in: Longitudinal and Life Course Studies, 5 (2014) 2, S. 151–172.

<sup>10</sup> <http://www.kas.de/wf/de/21.31/>

<sup>11</sup> Pressemitteilung des DIW vom 11.02.2015

<sup>12</sup> <http://www.bpb.de/apuz/201649/ende-der-aufstiegsgesellschaft?p=all>

extrem gestiegen. Flankiert wurde dies durch erhebliche steuerliche Entlastung von Spitzenverdienern.<sup>13</sup>

## Soziale Spaltung nimmt zu.

Unser Wirtschafts- und Sozialmodell wandelt sich und damit auch der Charakter und die Bedeutung von Arbeit und Erwerbsarbeit. Die Spaltung in "gute" und "schlechte" Arbeitsplätze nimmt zu, eine Überwindung der Grenzen wird schwieriger. Arbeit und Lohn sind zunehmend ungleich verteilt.

Die Normalarbeitsverhältnisse werden vermehrt durch Praktika sowie unsichere, prekäre und befristete Niedriglohnjobs ersetzt. Existenzangst greift um sich. Und wo Existenzangst zunimmt, verschärft sich das gesellschaftliche Klima. Mit statistischen Tricks wird die dramatische Lage am Arbeitsmarkt durch die Politik und die Medien schön geredet.

Gering Qualifizierte haben es immer schwerer, eine Erwerbstätigkeit zu finden. Die Integration vieler Zuwanderer wird schwieriger. Arbeitslosen fehlt es an Geld, Selbstachtung und Anerkennung. Immer mehr Menschen gelten als arm. Die einst tonangebenden und politisch stabilisierenden Mittelschichten schrumpfen.<sup>14</sup> Dies sind nur einige Beispiele für die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland.

## Wir brauchen mehr gute Jobs.

Hartz IV ist keine soziale Grundsicherung, sondern Armut per Gesetz. Durch Armut und Hartz IV werden Menschen von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen. Während sich aufseiten der Wohlhabenden die Privatvermögen weiter anhäufen, verfestigt sich die Armut auf der anderen Seite. Hartz IV hat als Kernelement neoliberaler Politik die Massenerwerbslosigkeit nicht vermindert, aber die Armut gefördert - per Gesetz. Hartz IV ist Entwürdigung, Entrechtung und Willkür gegen die Menschen. Es geht dabei einerseits darum, die Überflüssigen in Schach zu halten (es fehlen Millionen an Arbeitsplätzen), andererseits wird angestrebt, Niedriglohnjobs durchzusetzen und die arbeitenden Menschen über Angst, Schrecken und Stigmatisierung zu noch mehr Disziplin, Leistung und Duckmäusertum zu bringen. Hartz IV hat Lohndumping vorangetrieben und die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust verstärkt. Zentrale Forderung muss die Abschaffung aller Sanktionen, was eine grundlegende Verbesserung für die Betroffenen zur Folge hätte, sein.

Hartz IV muss abgeschafft und durch gute Arbeit und eine sanktionsfreie armutsverhindernde Mindestsicherung ersetzt werden.



Das allgegenwärtige Mantra eines ökonomistischen Denkens lässt den gesellschaftlichen Zusammenhalt erodieren, das ist das beunruhigende Ergebnis der Friedrich-Ebert-Stiftung „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“. Nach der Studie werten die Hälfte der Deutschen Langzeitarbeitslose und Asylsuchenden

<sup>13</sup> dito

<sup>14</sup> <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138379/soziale-ungleichheit>

de ab. Langzeitarbeitslose sind nur eine der Gruppen, die unter diesen Vorzeichen von schwindender Empathie und fehlender Solidarität betroffen sind.<sup>15</sup>

Die Politik der Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Entlastung der Unternehmen und Vermögenden durch die letzten Regierungen führte direkt zu wachsender Ungleichheit. Gleichzeitig werden Sozialleistungen und öffentliche Dienste heruntergefahren. Die Folge: Die Einkommenszuwächse konzentrieren sich auf wenige Reiche.

Mit der Zunahme der sozialen Ungleichheit ist nicht nur eine enorme Belastung des Sozialstaats sondern auch eine Veränderung der Mentalität, mit der die soziale Realität wahrgenommen und verarbeitet wird, unausweichlich verbunden. Es taucht ein politisches Problem auf: Mit verschärfter Ungleichheit wird, über kurz oder lang, die Legitimationsgrundlage des politischen Systems durch wachsende Zweifel in Frage gestellt. Denn die Glaubwürdigkeit der modernen sozialstaatlichen Massendemokratie beruht vor allem darauf, dass sie eine allzu schroffe Ungleichheit der Lebenslagen erfolgreich bekämpft, die Gleichheitschancen überzeugend vermehrt statt vermindert. Kurzum: Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit gewinnt eine neue Dringlichkeit, so sehr auch überzeugende Kriterien des Zustands, wann sie denn verwirklicht sei, zu bestimmen sind und so umstritten ihre normativen Grundlagen auch sein mögen.<sup>16</sup>

### Ungleichheit führt zu Ungerechtigkeit und Benachteiligung.

Durch soziale Ausgrenzung werden Menschen in der Verwirklichung ihrer Lebenschancen stark beeinträchtigt. Das Gefühl, kein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein, belastet nicht nur die Gesundheit und das Wohlergehen der betroffenen Personen. Mündet es in Perspektiv- und Orientierungslosigkeit, können daraus Proteste und kriminelle Handlungen entstehen, die die Stabilität der Gesellschaft im Ganzen gefährden. Mit der Verfestigung von Armut, die sich in den vergangenen Jahren herauskristallisiert, verstetigt sich auch die Wahrnehmung sozialer Ausgrenzung in bestimmten Bevölkerungsgruppen. Dies ist auf soziale Benachteiligungen zurückzuführen, die arbeitsmarkt- und integrationspolitisch sowie wohlfahrtsstaatlich steuerbar sind. Arbeitslosigkeit und Armut, die an geringe Qualifikation gebunden sind, prekäre Erwerbsverhältnisse oder Krankheit, die in Perspektivlosigkeit münden. Um den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, braucht es eine verstärkte Konzentration auf diejenigen, die sich dauerhaft in einer von Armut und sozialer Ausgrenzung gekennzeichneten Lebenslage befinden und deren soziale Netzwerke die Unterstützung, die sie brauchen, nicht aufbringen können – eine weniger arbeitsmarktfixierte Politik der Anerkennung und eine über soziale Sicherungssysteme transportierte Wertschätzung von Menschen, die ihre Lebenslage nicht aus eigener Kraft stabilisieren können.<sup>17</sup>

Hinter vielen Ängsten, die sich in verbalen und gewalttätigen Ausbrüchen zeigen, stehen soziale Probleme. Menschen sorgen sich um ihre Zukunft, sehen sich von Absturzrisiken bedroht oder finden keinen Zugang zum regulären Arbeitsmarkt. Prekäre Beschäftigung, Altersarmut, die Erosion des Sozialstaats und die Diffamierung von Anderen, wie Migrant\_innen und Erwerbslosen als „selbst verschuldete Verlierer“ all dies sind Probleme, die anzugehen sind.<sup>18</sup>

Für die Verfasstheit einer Gesellschaft sind Besser- bzw. Schlechterstellungen seiner Menschen abträglich. Dabei geht es nicht nur um vertikale Ungleichheiten zwischen arm und reich, sondern auch zwischen nicht-behinderten und behinderten Menschen, zwischen Männern und Frauen, etc. Hier wird deutlich: Ungleichheit führt häufig auch zu Ungerechtigkeit, Benachteiligung und Diskriminierung. Will

<sup>15</sup> <https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++3e96492a-7575-11e4-b167-525400248a66>

<sup>16</sup> Quelle: Hans-Ulrich Wehler: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München: Beck Verlag, 2. Aufl. 2013, S.9

<sup>17</sup> <http://www.bpb.de/apuz/201647/wahrnehmung-sozialer-ausgrenzung?p=2>

<sup>18</sup> [www.verdi.de](http://www.verdi.de)

man dem entgegenwirken, reichen dazu gesetzliche Maßnahmen nicht aus, vielmehr geht es auch um Anerkennungsgerechtigkeit.<sup>19</sup>

### 1.3 Armut gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Während 2012 das private Geldvermögen in Deutschland 4,87 Billionen Euro betrug, umfasste die Staatsverschuldung mehr als 2 Billionen Euro. Wachsendem privatem Reichtum stehen Schuldenberge der öffentlichen Haushalte gegenüber. Das Land mit den meisten Millionär\_innen und Milliardär\_innen ist zugleich das Land mit der größten Zahl an Armen und in Not lebenden Menschen. 16 Millionen Deutsche, fast jeder Fünfte, sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Für viele Menschen ist die "Tafel" die einzige Möglichkeit, sich satt zu essen.

Wohnungsnot und Mietpreisexplosion verstärken das Armutsrisiko. Die Wohnkosten verschlingen mittlerweile fast 30 Prozent des Durchschnittseinkommens aller Haushalte, die armutsgefährdete Bevölkerung gibt dafür rund 50 Prozent aus. Das ist eine allgemeine soziale Katastrophe, von der viele betroffen sind und die zu zunehmender Wohnungs- und Obdachlosigkeit führt.

**Die Schere zwischen Reich und Arm klafft beständig weiter auseinander.**

Armut hat vielfältige Formen der Benachteiligung zur Folge: Die Verdrängung aus aufgewerteten Stadtteilen, weil die Mieten nicht mehr bezahlbar sind. Die Ausgrenzung vom sozialen und kulturellen gesellschaftlichen Leben, weil das Geld dafür nicht mehr reicht. Bildung ist wie in kaum einem anderen Land durch die soziale Herkunft bestimmt.

Dem OECD-Bericht zufolge hatte wachsende Einkommensungleichheit einen merklich negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. In Deutschland zum Beispiel ist das inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 1990 und 2010 um etwa 26 Prozent gewachsen. Nach Berechnungen der Autoren hätte das Wachstum bei gleichbleibender Einkommensungleichheit fast sechs Prozentpunkte höher ausfallen können.<sup>20</sup>

**Deutschland kann sich Armut nicht leisten!**

Den größten negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum hat nicht die Ungleichheit am oberen Ende. Für den ökonomischen Effekt ist vor allem das immer stärkere Auseinanderdriften der ärmeren Bevölkerung verantwortlich. Ärmere Gruppen investieren in der Regel weniger in Bildung, und das wiederum beeinflusst die soziale Mobilität und die Ausbildung von Kompetenzen im jeweiligen Land.<sup>21</sup>

„Unsere Analyse zeigt, dass wir nur auf starkes und dauerhaftes Wachstum zählen können, wenn wir der hohen und weiter wachsenden Ungleichheit etwas entgegensetzen“, sagte OECD General-Sekretär Angel Gurría. „Der Kampf gegen Ungleichheit muss in das Zentrum der politischen Debatte rücken. Wachsen und gedeihen werden vor allem jene Länder, die alles daran setzen, dass ihre Bürger von klein auf gleiche Chancen haben.“

Die Studie liefert Belege dafür, dass steigende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum hauptsächlich dadurch bremst, dass Kinder aus sozial schwächeren Familien weniger Bildungschancen haben.

Es reicht nicht allein jene Schichten der Bevölkerung zu fördern, die am schlechtesten gestellt sind. Mindestens ebenso wichtig, wie monetäre Unterstützung ist ein verbesserter Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und Weiterbildung sowie zu Gesundheitsdienstleistungen.

<sup>19</sup> s. Fußnote 15

<sup>20</sup> <http://www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-beeintraechtigt-wirtschaftswachstum.htm>

<sup>21</sup> <http://www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-beeintraechtigt-wirtschaftswachstum.htm>

In diesem Zusammenhang weist die Studie darauf hin, dass Umverteilung mittels Steuern und Transfers nicht zwangsläufig wachstumsschädlich ist, solange entsprechende Maßnahmen zielgenau angewandt werden. Eine solche Verteilungspolitik müsse sich vor allem auf Familien mit Kindern sowie auf junge Menschen konzentrieren und deren Lernchancen verbessern.

Besonders die wachsende Armut in Deutschland führt zu zunehmender sozialer Ungleichheit. Laut dem Armutsbericht 2013 der Bundesregierung hat sich die Armut in Deutschland auf hohem Niveau verfestigt. Seit dem Jahr 2005 verharrt die Armutsquote bei 15 Prozent – unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Zeitraum. Im Jahr 2013 ist die Armutsquote um 0,5 Prozent angestiegen.<sup>22</sup> Dies sind mehr als 12,5 Millionen Menschen. Die Umverteilung durch staatliche Transferleistungen ist dabei schon berücksichtigt. Sonst wäre es jede/r Vierte. In einigen Bundesländern ist sogar jeder Fünfte von Armut betroffen.

### Armut führt zu sozialer Ungleichheit.

Erwerbslose und Alleinerziehende sind die hervorstechenden Risikogruppen, wenn es um Armut geht. Über 40 Prozent der Alleinerziehenden und fast 60 Prozent der Erwerbslosen in Deutschland sind arm. Und zwar mit einer seit 2006 ansteigenden Tendenz.<sup>23</sup>

Die Kinderarmut bleibt in Deutschland weiterhin auf sehr hohem Niveau. Die Armutsquote der Minderjährigen ist von 2012 auf 2013 gleich um 0,7 Prozentpunkte auf 19,2 Prozent gestiegen und bekleidet damit den höchsten Wert seit 2006. Die Hartz-IV-Quote der bis 15-Jährigen ist nach einem stetigem Rückgang seit 2007 in 2014 ebenfalls erstmalig wieder angestiegen und liegt mit 15,5 Prozent nun nach wie vor über dem Wert von 2005, dem Jahr, in dem Hartz IV eingeführt wurde.<sup>24</sup>

Bedrohlich zugenommen hat in den letzten Jahren die Altersarmut, insbesondere unter Rentnerinnen und Rentnern. Deren Armutsquote ist mit 15,2 Prozent zwar noch unter dem Durchschnitt, ist jedoch seit 2006 überproportional und zwar viermal so stark gewachsen. Keine andere Bevölkerungsgruppe zeigt eine rasantere Armutsentwicklung.<sup>25</sup>

Auch Menschen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, sind nicht vor Armut geschützt. Das besagt eine Auswertung von Eurostat aus dem Jahr 2014. Danach bezieht jeder Sechste der Beschäftigten, in Ostdeutschland sogar jeder Fünfte, ein Einkommen unter der Armutsschwelle. In den letzten 5 Jahren ist der Anteil der Erwerbstätigen, die hiervon betroffen sind, um 25 Prozent gewachsen. Jeder Vierte ist im Niedriglohnsektor beschäftigt. Tendenz steigend. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung erhalten mehr als 80 Prozent der Minijobber einen Niedriglohn. Von den Alleinerziehenden sind nach der amtlichen Statistik 43 Prozent<sup>26</sup> und von den jungen Berufstätigen jeder Vierte von Armut bedroht. Damit ist die Behauptung widerlegt, eine gute Wirtschaftspolitik sei die beste Sozialpolitik.

Armut ist in Deutschland ein wachsendes Problem, Millionen Menschen sind hier - in einer der reichsten Industrienationen der Welt - arm oder von Armut bedroht. Renten, die zum Leben kaum genügen, Niedriglöhne, die keine Familie ernähren können, Arbeitslosengeld II, das kaum für den Lebensunterhalt reicht.

Armut wirkt sich auf viele Bereiche des täglichen Lebens aus. Bildung, Gesundheit und soziale Teilhabe stehen in engem wechselseitigem Zusammenhang. Wer aus einer armen Familie kommt, hat schlechtere Bildungs- und damit Aufstiegschancen als Menschen mit ausreichendem Einkommen, ist häufiger krank und stirbt früher, ist vom sozialen Leben (Kulturveranstaltungen, Vereine etc.) schnell ausgeschlossen. Inzwischen droht Armut in vielen Familien von einer Generation auf die nächste „vererbt“ zu werden.

<sup>22</sup>22 Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2014

<sup>23</sup> <http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/die-zerklueftete-republik/>

<sup>24</sup> dito

<sup>25</sup> dito

<sup>26</sup> Statistische Auswertung der Bundesagentur für Arbeit

Wenn Menschen den Anschluss an den durchschnittlichen Lebensstandard einer Gesellschaft verlieren, kann ihre Bindung an den allgemeinen Wertekonsens loser werden, der Abstand zur allgemein gültigen Gesellschaftsordnung größer. Teilhabechancen erscheinen dadurch möglicherweise eingeschränkt. Kann man sich bestimmte Dinge nicht mehr leisten, führt der Vergleich mit Freunden oder Arbeitskollegen dazu, dass der eigene Lebensstandard als defizitär wahrgenommen wird. Dies kann Rückzug, Scham und Resignation zur Folge haben, sodass sich diejenigen mit einem unterdurchschnittlichen Lebensstandard der Gesellschaft nicht voll und ganz zugehörig fühlen.<sup>27</sup>

#### 1.4 Armut verhindert eine gleichberechtigte Teilhabe

Soziale Gerechtigkeit mit gleichen Aufstiegs-Chancen ist ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung. Armutsbekämpfung muss deshalb weit mehr als nur Fürsorge sein. Sie erfolgt letztlich im Interesse aller. Denn nur eine sozial gerechte Gesellschaft ist eine stabile Gesellschaft, an der die Bürger\_innen teilhaben und für die sie sich demokratisch einsetzen.

Selbst die Mittelschicht gerät inzwischen finanziell immer mehr unter Druck. Allmählich schwindet der bescheidene und hart erarbeitete Wohlstand vieler Arbeitnehmer\_innen. Es wird für Arbeitnehmer\_innen in den mittleren und unteren Lohnbereichen zunehmend schwerer, ein eigenes Vermögen aufzubauen. Dies wird sich auch auf die zu erwartenden Erbschaften auswirken. Die Bezieher niedriger Lebenseinkommen werden nur schwer in der Lage sein, ein nennenswertes Vermögen an die nächste Generation weiterzugeben. Die zunehmende Ungleichheit der Lebenseinkommen wird auch für eine zunehmend ungleiche Verteilung der Erbschaften sorgen. Das heißt, wir haben hier auch eine zunehmende Persistenz von Vermögensungleichheit.

Arbeitslosen. haben in den letzten zehn Jahren signifikant Vermögen eingebüßt. Dies dürfte vor allem durch die Hartz-IV-Gesetzgebung bedingt sein. Denn der Bezug dieser staatlichen Transferleistung ist erst dann möglich ist, wenn bis auf ein geschütztes Schonvermögen kein nennenswertes Vermögen mehr vorhanden ist

Spitzenverdiener, Unternehmen und Vermögende dagegen werden von der Politik massiv entlastet, die "Schere zwischen Arm und Reich" in unserem Land öffnet sich zusehends. Die Ursachen liegen auf der Hand: Niedriglöhne, (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und schrumpfende Sozialleistungen haben die Probleme verschärft. Kinder, Alleinstehende und Menschen mit Migrations-Hintergrund sind besonders betroffen. Auch Altersarmut wird in den kommenden Jahren massiv zunehmen. Die Kürzungen bei der gesetzlichen Rente - dazu lange Zeiten der Arbeitslosigkeit bei vielen Neurentnern - und die dadurch geringeren Beitragszahlungen haben die Altersarmut vorprogrammiert.

Der Reichtum in Deutschland wird immer größer, konzentriert sich jedoch auf immer weniger Menschen. Dem steht eine zunehmende soziale Spaltung und öffentliche Armut gegenüber. Der Armutsbericht belegt den dringenden politischen Handlungsbedarf, soll unser Sozialstaat nicht gänzlich infrage gestellt werden.<sup>28</sup>

„Immer, wenn wir einen Menschen aus dem Leben in Armut erlösen, verteidigen wir Menschenrechte. Und immer wenn wir versagen, verraten wir Menschenrechte.“ (Kofi Annan, UN-Generalsekretär von 1997–2006)

Für die wachsende Armut gibt es viele Faktoren, entscheidend ist aber: Diese absurde Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Sie ist das Ergebnis einer seit Jahren stattfindenden, gezielten Umverteilung von Unten nach Oben. Steuern für Reiche und Konzerne wurden gesenkt, die Kosten für die Bankenrettung den Lohnabhängigen aufgebürdet. Während dessen wurden Sozialleistungen und Löhne gekürzt oder nur kaum erhöht, häufig sogar unterhalb der Inflationsrate. Die Studie von Oxfam zeigt insofern sehr deutlich, dass die Armut der einen inzwischen der Reichtum der anderen ist. Das zerstört nicht nur zahllose Lebenschancen, sondern bedroht auch die Zukunft der ganzen Gesellschaft. Dagegen hilft nur eine aktive Umverteilung und eine Politik, die auch bereit ist sich mit den Reichen und Mächtigen anzule-

<sup>27</sup> Vgl. Walter G. Runicman, Relative Deprivation and Social Justice, London 1972.

<sup>28</sup> <http://www.berliner-zeitung.de/arbeit---soziales/reichtum-in-deutschland--dem-staat-fehlen-einnahmen-,10808232,17287692.html>

gen.<sup>29</sup> Eine Politik die sich für mehr gute Beschäftigung, für einen Ausbau des Bildungswesens und weiterer öffentlicher sozialer Dienste sowie den Umbau des Steuer- und Sozialsystems zur Umverteilung von oben nach unten einsetzt.

## „Diese absurde Ungleichheit ist kein Naturgesetz“

Diese Ungleichheit ist indes kein unvermeidbares Schicksal: Es ist höchste Zeit, mit einer Politik, die sich für mehr gute Beschäftigung, für einen Ausbau des Bildungswesens und weiterer öffentlicher sozialer Dienste sowie den Umbau des Steuer- und Sozialsystems zur Umverteilung von oben nach unten einsetzt, gegenzusteuern.

Oft wird "Ausgabendisziplin" als zentrale Voraussetzung von Wohlstand für alle genannt. Tatsächlich trägt sie sogar zweifach zur Ungleichverteilung bei: Zum einen führt sie dazu, dass bei sozialen Leistungen gespart wird und diejenigen, die ohnehin wenig besitzen, noch weniger Einkommen haben – hiermit wird die Ungleichverteilung also direkt verschärft. Zum anderen suggeriert das Dogma der Austerität, dass das zentrale Problem der Staatsfinanzen auf der Ausgabenseite liege, in Wahrheit hat der Staat aber ein Einnahmen-Problem. Denn von der massenhaften und ungestraften Steuervermeidung durch die Superreichen bis zur fehlenden Besteuerung von Vermögen und Spekulationsgeschäften – die Reichen werden nicht angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligt.

Armut äußert sich in unterschiedlichen Formen, wie niedriger Bildungsstand und mangelnde oder fehlende Ausbildung, unzureichende Teilhabemöglichkeiten, hohe Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und ein großer informeller Sektor (Schwarzarbeit), schlechte Wohnverhältnisse oder gar Obdachlosigkeit, kulturelle und soziale Entwurzelung sowie Isolation (Ausschluss vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben) oder Minderwertigkeitsgefühle und psychosomatische Störungen.

Um eine weitere soziale und regionale Verelendung zu verhindern, brauchen wir politische Maßnahmen in der Primär-, Sekundärverteilung und schließlich beim Länderfinanzausgleich.

Der Mindestlohn muss flächendeckend und ausnahmslos gelten. Dieser muss auf existenzsicherndes Niveau angehoben werden. Für eine Bekämpfung der Armut über Erwerbseinkommen brauchen wir mehr Arbeitsplätze. Daher ist der öffentliche Beschäftigungssektor deutlich zu stärken. Zur Armutsvermeidung sind auch Maßnahmen im Sicherungssystem für erwerbslosen Menschen aber auch im Familienlastenausgleich dringend geboten. Notwendig ist eine deutliche Erhöhung der Regelsätze im SGB II und SGB XII. Die Renten sind armutsschützend auszugestalten. Dies sind nur einige Maßnahmen, die zu ergreifen sind.

Es gilt, das richtige Gleichgewicht zu finden, bei dem die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, solide öffentliche Haushalte und der fairen Behandlung von Bürger\_innen ein gleich hoher Stellenwert eingeräumt wird. Über die sozialen Auswirkungen von Strukturereformen muss öffentlich diskutiert werden und der Kampf gegen die Armut muss eine Priorität sein.

### 1.5 Kinderarmut verhindert gleichberechtigte Bildungschancen

Besonders im Bildungsbereich bestehen erhebliche Teilhabeprobleme. Die soziale Herkunft entscheidet zunehmend über Bildungs- und Berufschancen. So haben Kinder mit einem höheren sozialökonomischen Status eine drei Mal höhere Chance eine Gymnasienempfehlung zu erhalten.<sup>30</sup> Durch den Bildungsabschluss werden aber Lebenschancen zugeteilt.

Überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche sind in Deutschland von Armut betroffen. So lebt jedes siebte Kind unter 15 Jahren in Armut, in ostdeutschen Bundesländern sogar jedes vierte und in vielen Städten und Stadtteilen in Ost und West mindestens jedes zweite. Dies hat nachhaltige Auswirkung auf ihre Bildungskarrieren und ihre Partizipation an der Gesellschaft. Kitas und Bildungseinrich-

<sup>29</sup> Die britische Hilfsorganisation Oxfam Januar 2015

<sup>30</sup> [www.antidiskriminierungsstelle.de](http://www.antidiskriminierungsstelle.de)

tungen sind hier in besonderer Weise gefragt, wenn sie präventiv und stärkend für betroffene Kinder arbeiten wollen.<sup>31</sup>

„Kinderarmut ist eines der bedrückendsten Probleme in unserer Gesellschaft. In Brandenburg ist jedes vierte Kind von Armut bedroht. Das ist kein kleines Randproblem. Wir dürfen die Augen vor diesem strukturellen Problem nicht verschließen.“ Die Folgen von Kinderarmut sind extrem, da die Betroffenen unter Benachteiligungen leiden. „Jedes Kind müsse aber die gleichen Entwicklungschancen haben, unabhängig vom Einkommen der Eltern“, sagte die Ministerin des Landes Brandenburg, Diana Golze<sup>32</sup>. Kinderarmut ist in den meisten Fällen Elternarmut. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist ein erster wichtiger Schritt, die Einkommenssituation zu verbessern. Das kann aber nur ein Anfang sein. „Unser Ziel muss nicht nur ein verlässlicher existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn sondern auch die Schaffung der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, dass Jede/r durch „Gute Arbeit“ ein auskömmliches Leben führen kann, sein. Das bedeutet zum Beispiel, dass in der Arbeitsmarktpolitik vor allem Langzeitarbeitslose und Erwerbslose mit minderjährigen Kindern intensiv gefördert werden, damit sie wieder eine gute Arbeit finden. Außerdem ist der Lohnunterschied zwischen Ost und West 25 Jahre nach der Wende immer noch zu groß. Ostdeutsche verdienen im Schnitt 20 Prozent weniger.“, so die Ministerin.

### Armut der Eltern führt zu Kinderarmut.

Die Armutsfolgen für Kinder sind extrem: Sie leiden unter Benachteiligungen in der Gesundheit, bei der sozialen Teilhabe, in der Bildung, und später beim Übergang in das Erwerbsleben. Kein Kind darf in dieser Armutsfalle stecken bleiben. Jedes Kind muss die gleichen Start- und Entwicklungschancen haben – und zwar unabhängig von der Einkommenssituation seiner Eltern. Für die wirksame Bekämpfung der Kinderarmut und der Armutsfolgen brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Diskurs.

Aufgrund der schlechten Ergebnisse Deutschlands in den OECD-Bildungsberichten sah und sieht sich die Politik gezwungen, Maßnahmen in Form von Bildungsberichten und z.B. dem Bildungspaket für Kinder von ALG II-Empfängern zu ergreifen. Nichtsdestotrotz steht das deutsche Schulsystem immer wieder in der Kritik, Herkunft, Einkommen und schulische Bildung miteinander zu verknüpfen, mit negativen Konsequenzen für das Individuum und die deutsche Gesellschaft.

Wer über gleichberechtigte Teilhabe an Bildung spricht, kommt aktuell zum Konzept der „Inklusion“. Jedoch wäre es fatal Inklusion nur auf die Inklusion von Behinderten zu beschränken. Es geht viel mehr darum, dass alle Kinder gleichberechtigt und von Anfang an dazugehören und wie sie gemeinsam lernen können.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) kam aufgrund einer Studie zum Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) 2014 zu dem Ergebnis, dass noch nie die Gegensätze beim Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen so krass wie heute waren. Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland geht es heute so gut wie noch nie. Ein Drittel wächst dagegen unter Bedingungen auf, die noch nie so ungerecht waren wie heute. „Abgekoppelte Kinder und Jugendliche haben kaum Chancen, in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Die Schere geht immer weiter auseinander“, sagt Prof. Dr. Karin Böllert.<sup>33</sup>

Die soziale Teilhabe benachteiligter Kinder und ihre Chancen auf Bildung sind oft nicht gesichert - auch wenn es ein flächendeckendes Angebot von Betreuungs-, Bildungs- und kulturellen sowie sportlichen Angeboten gibt. Das Problem: Diese Kinder können die dort fälligen Kosten nicht bezahlen. Eine Untersuchung im Auftrag der Caritas zeigt, dass sie zum Beispiel nur halb so oft in Sportvereinen oder Musikschulen auftauchen wie Gleichaltrige aus besser gestellten Familien. Auch der Nachhilfeunterricht bleibt eine Ausnahme - obwohl er bei vielen Kindern nötig wäre. Gerade einmal drei bis vier Euro können

<sup>31</sup> Heinrich-Böll-Stiftung, Dossier „Diversität und Kindheit - Frühkindliche Bildung, Vielfalt und Inklusion“

<sup>32</sup> Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg

<sup>33</sup> Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe vom 21. Mai 2014

Familien aus der untersten Einkommensgruppe monatlich dafür ausgeben.<sup>34</sup>

Der am 11.12.2014 veröffentlichte Chancenspiegel 2014 ([www.chancen-spiegel.de](http://www.chancen-spiegel.de)) betont, dass im Bildungsbereich besonderer Handlungsbedarf bei der Chancengerechtigkeit besteht, d.h. benachteiligte Kinder werden durch die Schule nicht ausreichend gefördert.

Aber auch in der Ausbildung besteht Handlungsbedarf. So ist beispielsweise der Anteil der jungen Erwachsenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ohne Berufsabschluss (30,5 %) fast dreimal so hoch wie der von jungen Erwachsenen mit deutscher Staatsangehörigkeit (10,9 %). Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur müssen mit dafür sorgen, dass junge Menschen unabhängig von ihrer (sozialen und ethnischen) Herkunft gleiche Ausbildungschancen erhalten.<sup>35</sup>

## Gute Ausbildung ist Voraussetzung für gutbezahlte Jobs.

Gute Ausbildung ist ein wirksamer Schutz vor Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Armut. Daher braucht Deutschland auch weiterhin und verstärkt Investitionen in Bildung und Ausbildung.

Im Bericht der Europäischen Union über die Entwicklungen in Beschäftigung und Gesellschaft in Europa 2014<sup>36</sup> wird unterstrichen, dass wirksame Investitionen in die Menschen nicht nur die Vermittlung der notwendigen Qualifikationen in Schule und Ausbildung einschließen müssen sondern auch einen angemessenen Rahmen umfassen, damit die Menschen diese Qualifikationen während ihres gesamten Erwerbslebens bewahren, ausbauen und nutzen können. Der Bericht besagt auch, dass Länder, die hochwertige Arbeitsplätze und einen wirksamen Sozialschutz bieten und in das Humankapital investieren, sich in der Wirtschaftskrise als resistenter erwiesen haben.

Kinderarmut kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern ist mit der Armutssituation der Haushalte, in denen die Kinder leben, verflochten. Gegenmaßnahmen erfordern deshalb einen mehrdimensionalen Strategierahmen, der mehrere Ebenen umspannt. Nur so lässt sich der Kreislauf generationenübergreifender Armut durchbrechen. Ein wirksames Vorgehen gegen Kinderarmut muss präventiv und proaktiv angelegt sein.

### 1.6 Deutschland braucht einen armutsverhindernden Mindestlohn ohne Ausnahmen

Wer mit seiner Arbeit seine Familie ernähren will, braucht einen ausreichenden Arbeitslohn. Es gibt aber Jobs, bei denen auch in einem regulären Arbeitsverhältnis das Einkommen nicht ausreicht. Daher wurde zum 1. Januar 2015 ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt. Dieser liegt jedoch unter der Armutsschwelle. Der Mindestlohn müsste nach Einschätzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mindestens 12,60 EUR betragen. Außerdem bestehen zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten, wie Werkverträge und nicht korrekte Erfassung der Arbeitszeiten oder der Arbeitsmenge.

Damit der Mindestlohn die Chancen auf ein existenzsicherndes Einkommen verbessert, muss dieser konsequent umgesetzt und kontrolliert werden, so das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung. Darüber hinaus muss das Tarifsystem gestärkt werden, um für angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen.

## Die Einhaltung des Mindestlohnes muss kontrolliert werden.

<sup>34</sup> <http://www.caritas.de/beitraege/gleiche-chancen-fuer-alle-kinder/111347/>

<sup>35</sup> 7. Integrationsgipfel am 01.12.2014, <http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Schwerpunkte/Integration%20und%20Zuwanderung/Integration/Integrationsgipfel%20im%20Bundeskanzleramt%20fordert%20gleiche%20Ausbildungschancen%20f%C3%BCr%20alle/>

<sup>36</sup> <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=2172&furtherNews=yes>

Die erfolgreiche Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes bedarf einer aktiven politischen Gestaltung. Dies gilt für die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene genauso wie für Arbeitgeber und Gewerkschaften. Sie müssen sich dafür stark machen, dass nachfolgende Voraussetzungen erfüllt werden.

Als Erstes ist hierbei eine breite Informationskampagne vonnöten, damit möglichst jeder Beschäftigte seine Mindestlohnansprüche und jedes Unternehmen seine Mindestlohnverpflichtungen kennt.

Des Weiteren ist die Politik gefordert, klare Regeln für den Mindestlohn festzulegen. Durch das Mindestlohngesetz wird dies bislang nur unzureichend erfüllt. Dies lässt sich nicht zuletzt daran erkennen, dass bereits heute Anwälte im Internet ihre Dienste anbieten, um „Strategien zur Umgehung des Mindestlohngesetzes“ (z.B. Werkverträge) zu identifizieren. Deshalb muss die Politik eindeutige Vorgaben machen, was ein Mindestlohn ist, welche Entgeltbestandteile hierbei eingerechnet werden dürfen und wie er insgesamt zu kalkulieren ist. Das Gleiche gilt für die Mindestlohnvergütung bei besonderen Arbeitszeiten, wie Zeiten des Bereitschaftsdienstes. Außerdem muss die Politik sicherstellen, dass dort, wo nach Stücklohn bezahlt wird und keine festen Arbeitszeiten vorgegeben sind, ein transparenter Nachweis geführt wird, der eine faktische Bezahlung unterhalb des Mindestlohns verhindert.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die wirksame Kontrolle und Durchsetzung des Mindestlohns. Dies setzt exakte und prüfbare Vorschriften voraus. Denn es muss vermieden werden, dass die Unternehmen, die den Mindestlohn umgehen, Wettbewerbsvorteile erlangen. Darüber hinaus muss die Politik dafür sorgen, dass alle Kontrollinstitutionen, einschließlich Zoll, effizient zusammenarbeiten.

Für effektive Kontrollen braucht es ausreichend Personal. Daher muss die Bundesregierung die Kontrollleinrichtungen (Zoll u.a.) personell verstärken. Die hier vorgesehene personelle Aufstockung um 1600 Mitarbeiter ist völlig unzureichend. Für eine wirksame Kontrolle müssten es nach Einschätzung des DGB mindestens doppelt so viele sein.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Einführung ist, dass die Möglichkeiten der Beschäftigten, ihre Mindestlohnansprüche gegenüber den Unternehmen durchzusetzen, gestärkt werden. Hierzu gehört im ersten Schritt die Schaffung von niedrigschwelligen Beratungsangeboten wie z. B. Mindestlohn-Hotlines, die auch anonyme Beschwerden aufnehmen und diese an die zuständigen Kontrollstellen weiterleiten. Die bisherigen Erfahrungen in Deutschland deuten darüber hinaus darauf hin, dass Mindestlohnansprüche erst dann umfassend gerichtlich eingeklagt werden, wenn die Last der Klage nicht allein bei den einzelnen Beschäftigten liegt. Dies setzt die Frage eines Verbandsklagerechtes auf die Tagesordnung, das Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden die Möglichkeit einräumen würde, Unternehmen wegen Mindestlohnverstößen zu verklagen.

Schließlich geht es darum, die Akzeptanz für den Mindestlohn bei den mehrheitlich immer noch skeptischen Vertreter\_innen der Wirtschaft zu erhöhen. Hierzu bedarf es eines breiten Dialoges zwischen Wirtschaftsverbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräten, der reale Probleme bei der Einführung des Mindestlohns identifiziert und gemeinsam nach kreativen Lösungen sucht. Hierbei bilden die Erfahrungen der europäischen Nachbarstaaten ein umfangreiches Ideenreservoir, das es für die Entwicklung in Deutschland nutzbar zu machen gilt.

Darüber hinaus sind die Sozialpartnerschaften und die Qualifizierungsoffensive zu stärken, die Tarifbindung voran zu treiben, die Initiative Neue Qualität der Arbeit - INQA (, einschließlich INQA-Audit „Zukunftsfähige Unternehmenskultur“) sowie eine neue Arbeitskultur flächendeckend umzusetzen.

## Wir brauchen eine neue Arbeitskultur.

In Deutschland sind bis heute viele der vorgenannten Voraussetzungen entweder gar nicht oder nur in Teilen erfüllt. Auch nach der Verabschiedung des Mindestlohngesetzes ist deshalb die Politik gefordert, die Einführung des Mindestlohns aktiv zu gestalten und in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Gewerkschaften für eine erfolgreiche Umsetzung zu sorgen. Handlungsbedarf findet sich hierbei bei allen vorgenannten Voraussetzungen.

Wir brauchen existenzsichernde Mindestlöhne – ohne Ausnahmen. Denn Menschen brauchen soziale Sicherheit - wie angemessenes Wohnen, gesunde Ernährung, Sicherung im Alter, Bildung und kulturelle Betätigung. Möglichst wenige Menschen sollen auf öffentliche Unterstützung zusätzlich zum Lohn angewiesen sein. Auch angesichts der Gefahr von Altersarmut sind Mindestlöhne dringend erforderlich.

### **1.7 Altersarmut verhindert die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben**

Die Entwicklung der Einkommensarmut im Alter ist von einem besorgniserregenden Trend gekennzeichnet. 2,3 Mio. Rentner\_innen (13,6%) galten im Jahr 2012 als einkommensarm. Dieser Wert ist ein Vielfaches der Personenzahlen in der Grundsicherung. Ende 2013 bezogen eine halbe Million Menschen ab 65 Jahren Grundsicherung. Das sind 45 Prozent mehr als vor acht Jahren.<sup>37</sup> Auch im Vergleich zum Vorjahr kennt die Entwicklung nur eine Richtung: nach oben. Im Jahr 2012 waren es noch 7,4 Prozent weniger Hilfeempfänger. 2013 hat über die Hälfte aller Neurentner eine Rente unterhalb des Grundsicherungsniveaus bezogen. Die neuerlichen Rekordzahlen sind lediglich Vorboten einer auf uns zurollenden Lawine der Altersarmut.

#### **Eine Lawine der Altersarmut droht.**

Die bisherige sozialpolitische Diskussion, die das Problem der Altersarmut verkürzt auf Bezugswerten der Grundsicherung im Alter reduziert, erfasst nicht das tatsächliche Ausmaß.

Fast jeder siebte Ältere war 2013 im Westen von Armut bedroht. Im Osten (einschließlich Berlin) gilt zwar „nur“ jeder achte Rentner als armutsgefährdet, dafür ist das Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung höher als im Westen. Jeder Fünfte lebt an der Armutsschwelle. Die Aussichten werden nicht besser. Im Gegenteil, heute gehen Menschen in Rente, die nach der Wiedervereinigung ihre Arbeit verloren hatten und sich von einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur anderen hangeln mussten.

Laut Politikwissenschaftler Prof. Christoph Butterwegge könnte schon im Jahr 2030 jeder dritte Rentner von Altersarmut betroffen sein.<sup>38</sup>

Seit dem Rentenreformgesetz 1992 wurde die Rentenversicherung fortlaufend verändert. Mit den Rentenreformen 2001 gab es einen systematischen Bruch in der Rentenphilosophie. Das Ziel der Rentenversicherung, den Lebensstandard zu sichern, wurde aufgegeben zugunsten des neuen Ziels der Beitragsstabilität der Rentenversicherungsbeiträge. Im Ergebnis dieser Reformen steigt das Risiko für Altersarmut für alle, die keine private Rente aufbauen können bzw. keine betriebliche Altersversorgung haben.

Große Sorgen bereitet dem Paritätischen Wohlfahrtsverband auch die wachsende Langzeitarbeitslosigkeit, von der seit Mitte der 1990er Jahre konstant über eine Million Menschen betroffen sind - Menschen, denen im Alter Armut drohe. Auch unterbrochene Erwerbsbiografien, prekäre Beschäftigung und steigende Kosten für Mieten, Energie und Lebensmittel führten zu existenziellen Notlagen, sagte Joachim Rock, Rentenexperte des Verbandes.<sup>39</sup> „Ab Mitte des nächsten Jahrzehnts droht ein Heer von ehemals Langzeit- und Mehrfacharbeitslosen sukzessive und unaufhaltsam in die Altersarmut zu fallen“, warnt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Ulrich Schneider.

Ein weiteres Hindernis für ein ausreichendes Einkommen im Alter ist der größer werdende Niedriglohnssektor in Deutschland. Bereits im Mai rügte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) explizit die Bundesrepublik. Ein erheblicher Teil der Arbeitnehmer drohe hierzulande langfristig wirtschaftlich abgehängt zu werden. "Wir befürchten, dass Deutschland deshalb in den kommenden Jahren ein erhebliches Problem mit Altersarmut bekommen wird", so der OECD-Generalsekretär.

<sup>37</sup> Studie der paritätischen Forschungsstelle vom August 2014 Autor Dr. Rudolf Martens

<sup>38</sup> <http://www.rtl.de/cms/news/rtl-aktuell/wofuer-lebt-man-eigentlich-noch-altersarmut-in-deutschland-nimmt-stark-zu-4257a-51ca-51-2114441.html>

<sup>39</sup> <http://www.welt.de/wirtschaft/article133975279/Altersarmut-wird-in-Deutschland-zum-Alltag.html>

Die beunruhigende Entwicklung einer stetig steigenden Zahl von altersarmen Menschen wird in Deutschland wohl Alltag werden. Denn um der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen, soll das Renteneintrittsalter stetig ansteigen, während zugleich das Rentenniveau sinkt. Laut Aussage des Deutschen Gewerkschaftsbunds ist zwischen 1960 und 2013 der Anteil der Rente von 53 auf 45 Prozent des letzten Einkommens gefallen.

### Altersarmut wird in Deutschland zum Alltag.

Auch Durchschnittsverdiener müssen damit rechnen, in den kommenden Jahren nur noch eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erhalten. Laut einer aktuellen Modellrechnung des Instituts Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen muss ein Beschäftigter mit einem durchschnittlichen Lohn von rund 2900 Euro beim Rentenbeginn im Jahr 2015 schon 28,3 Jahre gearbeitet haben, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu bekommen. Sie liegt inklusive der Leistungen für Wohnung und Heizung derzeit im Schnitt bei 690 Euro pro Monat.

Aber auch die Zwangsverrentung von älteren Hartz IV-Empfängern kann zu Altersarmut führen. Ab dem 1. Januar 2008 wurde eine zwangsweise Frühverrentung im SGB II (Hartz IV) möglich. Die Aufforderung einen Rentenanspruch zu stellen, wird von den Jobcentern seit 2014 massiv umgesetzt und betrifft alle Jahrgänge ab 1951; das heißt alle, sobald sie 63 Jahre alt sind. Sollten die Betroffenen die eigene Verarmung nicht selbst beantragen, dürfen die Jobcenter das in ihrem Namen von Amts wegen tun. Dieser Paragraph 12 a muss aus dem SGB II sofort gestrichen werden, denn damit werden Älteren, die Arbeitslosengeld II beziehen müssen, Rechte und Freiheiten vorenthalten, nur weil sie erwerbslos sind.

Bei vorzeitiger Inanspruchnahme der Rente sind pro Monat stets Abschläge von 0,3 % auf die erzielte Rentenhöhe in Kauf zu nehmen. Das sind pro Jahr 3,6 %, bei drei Jahren vorzeitiger Rente werden es stolze 10,8 % Einkommensverlust für den Rest des Lebens. Durch die Einführung der Rente mit 67 Jahren hat sich die Situation weiter verschärft, da die Abschläge nun noch höher ausfallen.

Wer in die vorzeitige, mit Abschlägen versehene Armutsrente gedrängt wird, dem steht bis zum gesetzlichen Rentenalter weder ergänzendes Arbeitslosengeld II noch ergänzende Grundsicherung im Alter zu. Erforderlich wird dann der Gang zum Sozialamt, der Antrag auf ergänzende Sozialhilfe. Denn die Grundsicherung im Alter ist erst mit dem gesetzlichen Rentenalter, also je nach Geburtsjahrgang frühestens ab 65 Jahren, zugänglich. Das bedeutet zugleich, dass bei der Sozialhilfe sowohl auf den Partner/die Partnerin als auch auf die Kinder und deren Einkommen und Vermögen zurückgegriffen wird. Durch den Sozialgeldbezug müssen zuerst Spar- und Altersrücklagen der Betroffenen angegriffen bzw. vorzeitig aufgebraucht werden.

Ein erzwungener Übergang in die Altersrente steht im Widerspruch zu den von der Regierung propagierten Zielen, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern und ausweiten zu wollen. Es widerspricht den Argumentationen der Regierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und zeigt, dass weder Bund noch Länder und Kommunen in der Lage sind, jedem/r Bundesbürger/in ein Recht auf Arbeit - und schon gar nicht ein Recht auf gute, existenzsichernde, sozialversicherte Arbeit - zu gewährleisten.

### Zwangsverrentung muss gestoppt werden.

Immer öfters reicht die Rente nicht zum Leben. So sind mehr als 800.000 Menschen gezwungen nach dem Renteneintritt einen Minijob anzunehmen. Zugleich steigen die Kosten für die Sicherung der Existenz.

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen für die öffentlichen Haushalte. Die Bundesregierung rechnet in den kommenden drei Jahren mit weiter steigenden Kosten für die Sicherung der Existenz von armen

alten Menschen. Fachleute erwarten, dass die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von voraussichtlich rund 5,5 Milliarden Euro im Jahr 2014 bis auf etwa 7,2 Milliarden Euro in 2018 steigen werden.

Um zu verhindern, dass bei immer mehr älteren Menschen die Rente nicht zum Leben ausreicht, muss unter anderem der Niedriglohnsektor und prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt, ein weiteres Absinken des Rentenniveaus vermieden, die Zwangsverrentung gestoppt, der Mindestlohn angehoben und die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft werden.

## **2 Deutschland braucht gleichberechtigte Teilhabe**

### **2.1 Lebenswirklichkeiten müssen anerkannt werden!**

Eine Kerndimension der sozialen Gerechtigkeit ist die soziale Kohäsion und Gleichheit. Hierbei geht es darum, inwiefern es gelingt, weiteren Tendenzen gesellschaftlicher Polarisierung, Ausgrenzung und der Diskriminierung bestimmter Gruppen entgegenzuwirken. Indikatoren sind unter anderem soziale Inklusion, Schutz vor und Bekämpfung von Diskriminierung, Integration von Zuwanderern und Einkommensunterschiede (z.B. Frauen/Männer).

Menschen unterscheiden sich sowohl in ihren individuellen Eigenarten und Fähigkeiten als auch nach ihren individuellen Wünschen und Lebenskonzepten (Vielfalt). Der Anspruch demokratischer Gesellschaften ist es, diese Vielfalt zu schätzen und zu schützen. Die politischen und rechtlichen Instanzen sollen allen Menschen das höchste – gesellschaftlich tragfähige – Maß an Selbstverwirklichung ermöglichen.<sup>40</sup>

Jeder von uns ist einzigartig. Wir alle tragen unterschiedliche Facetten in uns und doch weisen wir Gemeinsamkeiten auf. Was unterscheidet uns? Geschlecht, Nationalität, ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Orientierung und Identität, soziale Herkunft. Was verbindet? Jeder Mensch hat Fähigkeiten und Talente. Alle zusammen bilden ein enormes Potential.<sup>41</sup>

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger. Nicht nur durch den wachsenden Anteil seiner Bewohner mit Zuwanderungsgeschichte, vor allem unter Kindern und Jugendlichen. In einigen Großstädten liegt der Anteil bei über 40 Prozent mit steigender Tendenz. Im Jahr 2013 lebten rund 16,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 20,5 %.<sup>42</sup> Diese Menschen prägen das gesellschaftliche Leben in allen Bereichen mit, werden jedoch in vielfältiger Weise diskriminiert und somit daran gehindert in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt zu partizipieren. Zudem ist gerade bei Kindern und bei von Armut betroffenen älteren Menschen der Anteil von Migrantinnen und Migranten außerordentlich hoch. Diskriminierungen in verschiedenen Institutionen, auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt oder an Schulen sind für diese Menschen eine große Belastung, die sich des Öfteren als eine unüberwindbare Barriere darstellt. Unter solchen Bedingungen ist eine Chancengleichheit in der Gesellschaft nicht gewährleistet, was zu Perspektivlosigkeit, Chancenungleichheit und Armut führt. Es bedarf unter anderem sprachlicher Integrationsangebote, intensiver schulischer Förderung und Berufsberatung, zügiger Anerkennung von Abschlüssen, wirksamer Unterstützung der Kommunen und der Länder.

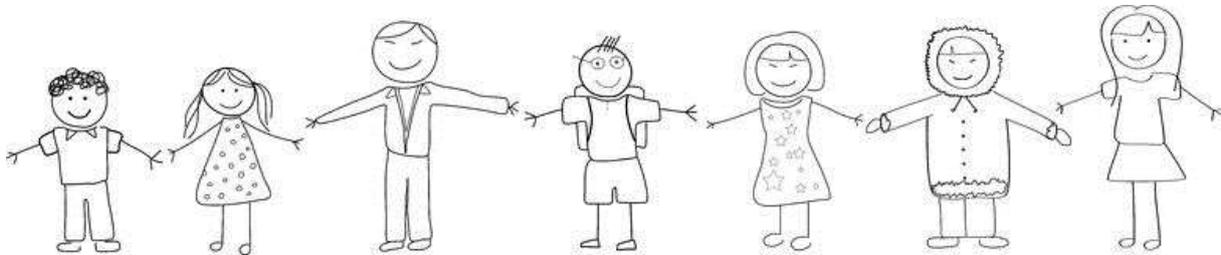
---

<sup>40</sup> <https://www.bpb.de/veranstaltungen/format/kongress-tagung/13-bundeskongress-politische-bildung-ungleichheiten-in-der-demokratie/197545/sektion-8-soziale-ungleichheit-was-kann-die-gesellschaft-leisten>

<sup>41</sup> Appell der Charta der Vielfalt an die Wirtschaft vom November 2014

<sup>42</sup> Statistisches Bundesamt, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Migrationshintergrund.html>

Aufgrund der demografischen Entwicklung und dem zunehmenden Bedarf an Fachkräften wird die Einwanderung nach Deutschland durch die EU-Freizügigkeit und die Zuwanderung aus Drittstaaten weiter zunehmen.<sup>43</sup> Aber auch jenseits migrationsbedingter Entwicklungen verändern sich die Lebenswelten von Familien, unter ihnen Patchwork-Familien, Alleinerziehende, Regenbogenfamilien und Familien, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.



Quelle: <http://de.dreamstime.com>

Aber auch andere Gruppen, wie Arme, Behinderte, Frauen, Homosexuelle, Langzeitarbeitslose, Ostdeutsche etc. werden diskriminiert und an der gleichberechtigten Teilhabe gehindert.

So sind beispielsweise Schwerbehinderte deutlich länger ohne Job als nicht-behinderte Arbeitslose. Das geht aus einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit hervor. Dabei sind schwerbehinderte Erwerbslose in der Regel besser qualifiziert als nicht-schwerbehinderte. 53 Prozent der erwerbslosen Schwerbehinderten haben eine abgeschlossene betriebliche bzw. schulische Ausbildung. Bei den nicht-schwerbehinderten Erwerbslosen waren es nur 45 Prozent. Trotzdem gelingt es schwerbehinderten Erwerbslosen seltener eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt aufzunehmen.

„Wir erleben immer noch, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder aufgrund einer Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden. Wir haben zum Beispiel Förderschulen, Werkstätten, Altersheime oder Wohnviertel, in denen vor allem Menschen mit Migrationshintergrund leben. Die Folge dieser Separierung ist, dass Chancen und Möglichkeiten ungleich verteilt sind und dass die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe erschwert wird. Wenn man sich nicht kennenlernen kann, entstehen außerdem Fremdheit und Ängste. Wir sind davon überzeugt, dass diese Unsichtbarkeit und das Ausschließen sich negativ auf uns alle auswirken. Die Potenziale, die Vielfalt mit sich bringt, nämlich Menschlichkeit, Kreativität, Internationalität, Akzeptanz, die gegenseitige Bereicherung, bleiben dann auf der Strecke.“<sup>44</sup>

Die Akzeptanz von Diversität (Vielfältigkeit) ist in Deutschland noch keine Selbstverständlichkeit, so kommt die Bertelsmann-Stiftung in ihrer Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu dem Ergebnis, dass die neuen Bundesländer in der Akzeptanz von Diversität Schlusslicht sind.

Die individuellen Unterschiede der Menschen – sichtbare Unterschiede wie Geschlecht und unsichtbare Unterschiede wie Erfahrung, Werte, Bildung, sexuelle Orientierung oder religiöser Hintergrund dürfen nicht zur Ausgrenzung und Benachteiligung führen. Sie sind als Bereicherung für uns alle zu begreifen, wertzuschätzen und zu nutzen (Inklusion).

**Wir alle sind unterschiedlich und doch gleich.**

Jeder Sechste fühlt sich nicht wertgeschätzt.<sup>45</sup> In einer von zunehmender Vielfalt geprägten Gesellschaft muss jedoch gesellschaftspolitisches Ziel sein, dass alle Menschen Respekt und Wertschätzung

<sup>43</sup> Positionspapier Niedersachsen, [www.iq-niedersachsen.de/iq/sites/default/files/.../Positionspapier\\_2014.pdf](http://www.iq-niedersachsen.de/iq/sites/default/files/.../Positionspapier_2014.pdf)

<sup>44</sup> Interview der Charta der Vielfalt mit dem Geschäftsführer der „Aktion Mensch“ Armin von Buttlar, <http://www.charta-der-vielfalt.de/service/publikationen/vielfalt-erkennen/unconscious-bias/eine-gesellschaft-ist-nur-zukunftsfaehig-wenn-sie-die-chancen-der-vielfalt-erkennt-und-nutzt.html>

<sup>45</sup> <http://www.bpb.de/apuz/201647/wahrnehmung-sozialer-ausgrenzung?p=2>

erfahren und die Unterschiede zwischen Menschen nicht zu Ungleichbehandlungen oder Hierarchisierungen oder Gewalt führen. Gemäß dem Zitat von Theodor W. Adorno „Die Wertschätzung von Vielfalt bedeutet, ohne Angst verschieden sein zu können“. Nur auf dieser Grundlage kann eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung der vorhandenen gesellschaftlichen Vielfalt als Reichtum und Chance entstehen.<sup>46</sup>

Auch wenn wir vielleicht selbst privilegiert sein sollten und nicht diskriminiert werden, so sollten wir uns doch solidarisch mit den Betroffenen erklären. Schließlich gehört jeder einer Gruppe, die von Benachteiligung bedroht sein kann, an oder werden dieser angehören, ob als junger Mensch, Älterer, Frau, Behindert, Migrant, LGBTI-Person<sup>47</sup> oder aus anderen Gründen.

## 2.2 Deutschland braucht eine Wertschätzungskultur

Angesichts einer bunten gewordenen Gesellschaft und zunehmenden internationalen Verflechtung muss die Vielfalt der Menschen stärker berücksichtigt werden.

Vielfalt ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Schlüssel- und Querschnittsthema, das darauf ausgerichtet sein muss, die gleichberechtigte Teilhabe an allen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ressourcen unserer Gesellschaft sicherzustellen. Mit diesem Ziel ist eine nicht unerhebliche gesellschaftliche Herausforderung und notwendige Anpassungsleistung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verbunden. Davon betroffen sind individuelle Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, Institutionen mit den dazugehörigen Prozessen und Praktiken, übergeordnete Strukturen also Gesetzgeber Bund und Länder, Verbände, Sozialpartner und die gesamtgesellschaftliche Ebene.

Vielfalt wird in der öffentlichen Wahrnehmung nach wie vor eher als Problem denn als Potenzial begriffen - das muss sich ändern. Von der Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt, der interkulturellen Öffnung der Institutionen, aber auch der Bereitschaft und Diskursfähigkeit der Gesellschaft Konflikte im Kontext Vielfalt konstruktiv zu lösen, wird die Tragfähigkeit der sozialen Inklusionspolitik, einschließlich Integrations- und Zuwanderungspolitik, abhängen.

### Wir brauchen eine Wertschätzungskultur.

Wir brauchen eine Kultur, die Vielfalt als Stärke und als Qualität unserer Gesellschaft wertschätzt und aktiv fördert.

Menschen sind in ihrem Anderssein nicht nur zu respektieren sondern auch als wertvoll für die Gesellschaft anzusehen. Dies geht über die Anerkennung als rechtlich und politisch Gleichgestellte hinaus. Die gegenseitige Wertschätzung kann auf einem Wertepluralismus oder auf einem gemeinsamen Wertefundament beruhen.

Die Anerkennung der Vielfalt und die Suche nach verbindenden Gemeinsamkeiten – sei es auf der interpersonellen, der gruppenbezogenen, organisationsbezogenen oder gesellschaftsbezogenen Ebene – ist von größter Wichtigkeit.

Die Lebenswirklichkeiten der Menschen werden gar nicht oder viel zu wenig bei politischen Entscheidungen und Gesetzesvorhaben berücksichtigt. Die politischen Debatten streifen zwar oft bestehende Probleme, gehen jedoch an der Lebenswirklichkeit und den tatsächlichen Themen vorbei. Statt die fehlenden Chancen und die Probleme des Ausschlusses klar und deutlich zu benennen, kreisen die Debatten eher um die Ethnisierung sozialer Probleme. Bereits die frühkindliche Erziehung findet unter Bedingungen von Ungleichheit statt. Die Realität der Ungleichheitsverhältnisse beeinflusst aber auch wesentlich die Bedingungen in allen anderen Bereichen, wie Bildung, Ausbildung und Arbeit.

Der Zustand einer Gesellschaft bemisst sich nicht zuletzt daran, wie sie mit ihren gesellschaftlichen Mitgliedern (Behinderte, Homosexuelle, Ausländer etc.) umgeht.

<sup>46</sup> Andreas Merx, Von Antidiskriminierung zu Diversity: Diversity-Ansätze in der Antidiskriminierungspraxis

<sup>47</sup> lesbische, schwule (gay), bi-, trans- und intersexuelle Personen

Es gibt zahlreiche Bemühungen bei der Wirtschaft und beim Öffentlichen Dienst, Bewerber\_innen aus ethnischen Gruppen zu gewinnen und einzustellen. Benötigt wird aber eine umfassende Diversitypolitik, die Chancengerechtigkeit, Gleichbehandlung, Anti-Diskriminierung und Aufstiegsmöglichkeiten viel stärker auf die Agenda setzt.

Statt sich in einer defizitären Perspektive zu verfangen und gebetsmühlenartig über soziale Probleme zu beklagen, sollten Politik, Wirtschaft und öffentliche Institutionen die eigenen Gestaltungsspielräume nutzen und Chancengerechtigkeit für alle Gruppen in der Gesellschaft schaffen. Der Staat und die Kommunen müssen mit positivem Beispiel voran gehen. Sie können zumindest in ihren Zuständigkeits- und Kompetenzbereichen Diversity Management<sup>48</sup> (s. Kapitel 10 -12) zum Leitmotiv machen. Eine Politik, die Teilhabe- und Aufstiegschancen von Bürger\_innen aller sozialen Klassen und gesellschaftlichen Gruppen fördert und mit entsprechenden strukturwirksamen Instrumenten gestaltet, ist Diversity Management par excellence.

### Diversity Management ist in allen Lebensbereichen umzusetzen.

Durch die Differenzierung und Komplexität der sozialen Zusammenhänge, stoßen die bisherigen politischen Instrumente an ihre Grenzen. Appelle allein nutzen aber auch nicht. Über bestimmte Strecken könnte auch die Quote Abhilfe schaffen.

In Nordamerika und mehreren europäischen Einwanderungsländern fördert und unterstützt der Staat systematisch in vielen Schlüsselbereichen wie Bildung, Wissenschaft und Öffentlicher Dienst die Aufstiegschancen und die Repräsentation von unterschiedlichen sozialen Gruppen voranzubringen. Eine aufstiegsorientierte Diversitypolitik zielt insbesondere auf Schaffung von positiven Vorbildern und trägt zur Bekämpfung von Vorurteilen und Rassismus bei. Eine solche gestaltende Politik würde Durchlässigkeit schaffen und Talente und Potenziale für Gesellschaft und Wirtschaft zugänglich machen.

Soziale Gerechtigkeit ist ohne Antidiskriminierung, Chancengleichheit, Gleichberechtigung und Diversity undenkbar. Diese sind Grundrechte! (s. Kapitel 4)

Soziale Balance in der Vielfalt entsteht nicht von selbst. Sie ist Gegenstand von notwendigen interessegebundenen, konfliktträchtigen Gestaltungs- und Managementprozessen. Management von Vielfalt zeichnet soziale Systeme wie z.B. moderne Nationalstaaten (etwa durch staatliche Regulierung) aus. So stellt bspw. Einwanderung eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt dar, doch diese wird regelmäßig nicht als solche wahrgenommen, akzeptiert bzw. führt nicht automatisch zu akzeptablen und gelingenden sozialen Regelungen.<sup>49</sup>

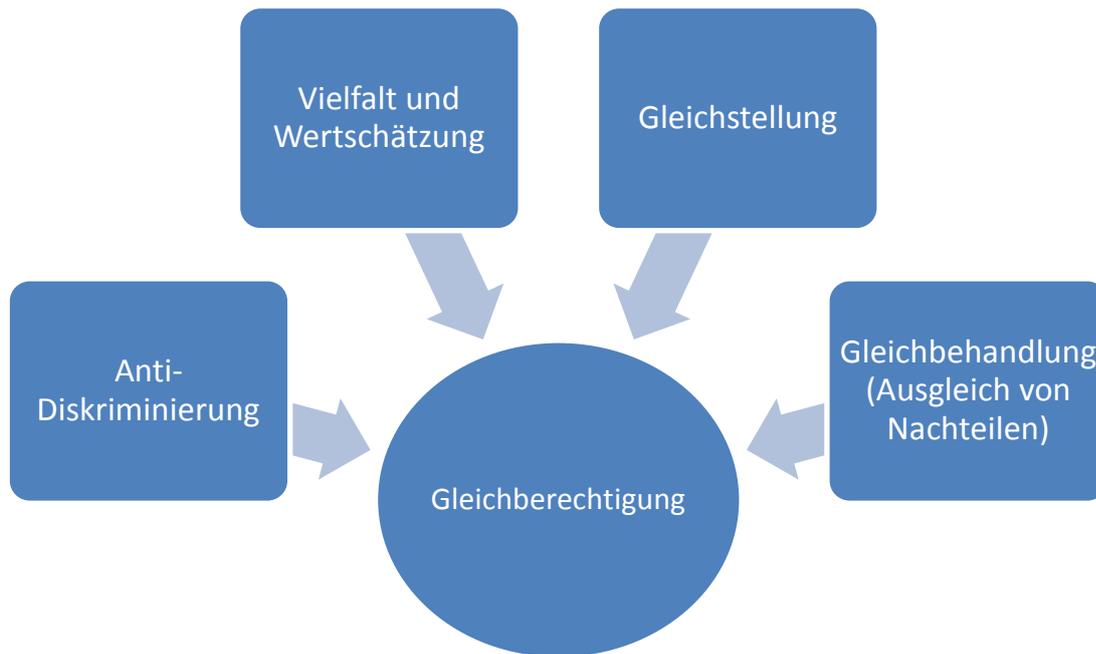
### 2.3 Gleichwertigkeit der Menschen muss verwirklicht werden

Die Grundwerte unserer Demokratie, wie Gleichwertigkeit seiner Bürger\_innen und Gleichberechtigung aller Menschen, sind zu verwirklichen. Das erfordert gezielte Maßnahmen der Angleichung der Lebenssituation von im Prinzip als gleichwertig zu behandelnden Bevölkerungsgruppen (Gleichstellung), wie Frau und Mann, sowie den Ausgleich bestehender Nachteile (Gleichbehandlung), bspw. bei Behinderten, Migrant\*innen, Kinder mit bildungsfernen Eltern - in allen Lebensbereichen. Dies umfasst die Verwirklichung von Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit für alle auf der Grundlage der Menschenrechte.<sup>50</sup> Daher sind die Rechte aller Personen auf Gleichstellung bzw. Gleichbehandlung durchzusetzen und es ist dafür Sorge zu tragen, dass mit Unterschiedlichkeiten (Vielfalt) keine ungerechtfertigten Nachteile verbunden sind. Das heißt aber auch Menschen aktiv vor Diskriminierungen zu schützen (Antidiskriminierung).

<sup>48</sup> s. Anhang Begriffserklärungen

<sup>49</sup> Internationale Gesellschaft für Diversity Management e.V., [http://www.idm-diversity.org/deu/infothek\\_bruchhagen\\_profpolit.html](http://www.idm-diversity.org/deu/infothek_bruchhagen_profpolit.html)

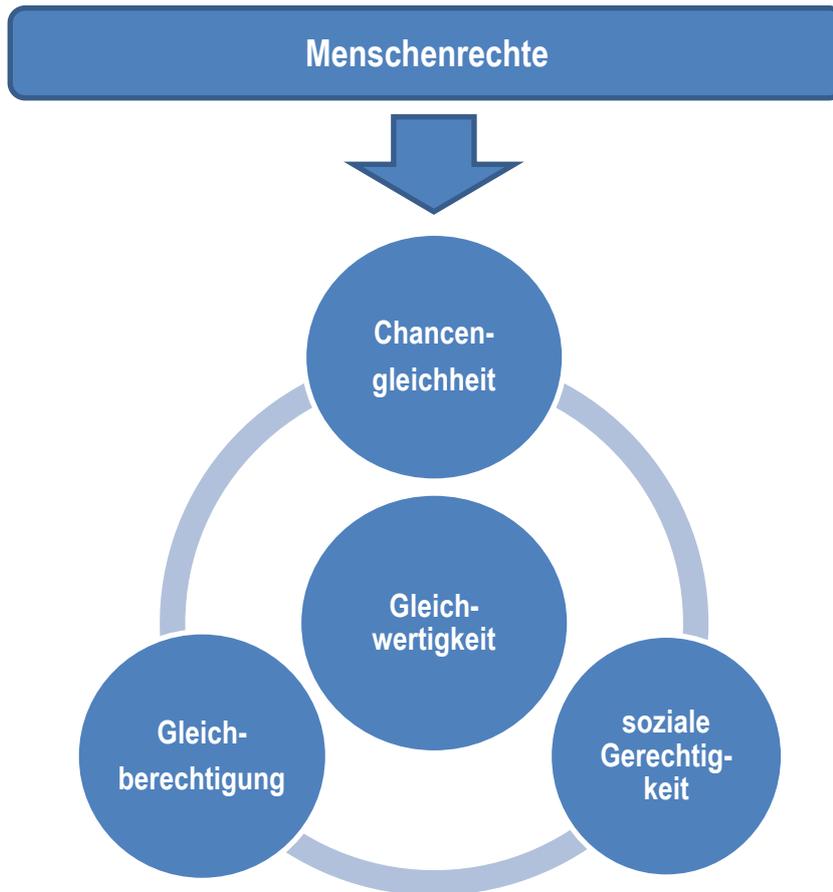
<sup>50</sup> Wikipedia



Es geht um eine Gleichverteilung der Erfolgschancen für alle gesellschaftlichen Gruppen (Chancengleichheit) sowie um gleichberechtigte Teilhabe aller (Gleichberechtigung), unabhängig von persönlichen individuellen Eigenschaften, etwaigen Beeinträchtigungen oder der Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen.

„Chancengleichheit ist ein zentraler Wert unserer Gesellschaft, unserer Demokratie. Viele Benachteiligungen in Unternehmen gegenüber Frauen, Migranten oder Schwulen und Lesben belegen, dass eine solche Chancengleichheit trotzdem bis heute nicht existiert....In Deutschland existiert eine besonders subtile Form des Kastensystems<sup>51</sup>, das schwer zu durchdringen ist. Für eine gewisse Zeit werden politisch korrekte Debatten forciert, sozusagen auf der Vorderbühne, während zugleich, sozusagen in den Katakomben, das alte Leben weitergeht und sich nichts ändert. Dieses Phänomen können Sie übrigens auch in der Debatte um eine Demokratisierung des Bildungssystems oder Zuwanderung beobachten. Da gibt es dann eruptive Debatten, begleitet von einem Medienhype, und das war es dann auch. Eine nachhaltige Veränderung findet nicht statt.“ (Zeit online , Interview mit Manager Thomas Sattelberger am 11.06.2014)

<sup>51</sup> hierarchische Anordnung und Abgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen



Dies erfordert unter anderem eine Verlagerung des Fokus auf die Entwicklung von Potentialen und nicht auf das Feststellen von Defiziten, wie es oft geschieht, wenn darüber nachgedacht wird, ob man nicht vielleicht doch eine Frau einstellen könnte, obwohl diese Kinderbetreuungspflichten hat oder jederzeit schwanger werden könnte, ob man sich trauen soll jemanden mit Migrationshintergrund einzustellen, dessen oder deren Deutsch die eine oder andere grammatikalische Unschärfe aufweist, ob man es riskieren kann jemanden einzustellen, der eine schwere Sehbehinderung hat oder in vier Jahren das gesetzliche Pensionsalter erreicht hat.

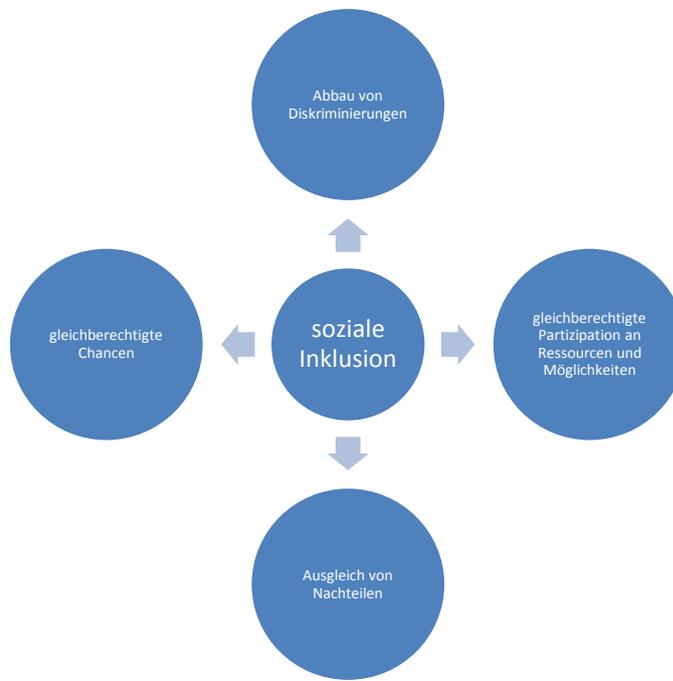
#### 2.4 Deutschland braucht soziale Inklusion

Gerade heute ist eine Politik erforderlich, die Teilhabe und faire Aufstiegschancen ermöglicht. Die strukturellen Blockaden – etwa durch herkunftsbedingte Benachteiligung, Diskriminierung, Rassismus und materielle Armut – auflöst. Es geht um die Leitfrage, wie Individuen in die Lage versetzt werden können, durch eigene Anstrengungen voranzukommen, ohne daran durch strukturelle Barrieren gehindert zu werden. Das heißt aber auch, dass allen Menschen von vornherein die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auf allen Ebenen und in vollem Umfang zu ermöglichen ist (soziale Inklusion). Inklusion heißt Einschluss und vollumfängliche Barrierefreiheit. Inklusiv ist eine Gesellschaft zu der alle Menschen von vornherein uneingeschränkter Zugang zu den Ressourcen und Möglichkeiten einer Gesellschaft haben.

**Wir brauchen soziale Inklusion.**

Soziale Inklusion wendet sich der Heterogenität von Gruppierungen und Vielfalt von Personen positiv zu, beansprucht Chancengleichheit für alle Individuen und schafft die Möglichkeit an sämtlichen Lebensbereichen teilzuhaben, ungeachtet von Zuordnungen wie Geschlecht, sozialer Herkunft, Religion,

kultureller oder ethnischer Herkunft, Alter, physischen oder psychischen Befähigungen sowie sexueller Orientierung. Eine inklusive Politik setzt auf eine Abkehr von Defiziten hin zu einer Chancenorientierung und muss dafür Sorge tragen, Angebote der Anerkennung und Teilhabe zu organisieren. Bisher ist die Inklusionsdebatte vor allem in Bezug auf die Partizipation von Menschen mit Behinderungen geführt worden, dies greift jedoch zu kurz. Inklusion zielt auf die gleichberechtigte Partizipation aller Bürger\_innen.<sup>52</sup>



## gleichberechtigte Teilhabe aller

Damit geht ein Perspektivwechsel einher. Es geht nicht um integrative Rezepte für einzelne Zielgruppen, sondern um die Gestaltung von gesellschaftlicher Partizipation insgesamt. Aus dieser Perspektive kann die unzureichende Teilhabe einzelner gesellschaftlicher Gruppen nicht als individuell mangelnde Integrationsleistung verstanden werden, sondern sie weist auf die Barrieren in den Regelstrukturen hin, die es zu verändern gilt.

Inklusion vertritt die Perspektive des Abbaus von Diskriminierungen und des Zugangs zu Ressourcen und Möglichkeiten. Dies betrifft letztlich alle gesellschaftlichen Bereiche, wobei der gleichberechtigten Teilhabe eine besondere Bedeutung zukommt.

Die inklusive Gesellschaft bedeutet kein Nebeneinander sondern ein gegenseitiges aufeinander zugehen, das die Gesamtgesellschaft bereichert. Die Gesamtgesellschaft steht in der Verantwortung Brücken zu bauen, Anreize zu schaffen und gegenseitiges Verständnis zu fördern.<sup>53</sup>

Als rohstoffarmes Land basiert der Wohlstand Deutschlands auf den Kompetenzen und Potenzialen der in Deutschland lebenden Menschen. Deutschland kann es sich weder leisten, inländische Potenziale zu vergeuden noch potenzielle Zuwander\_innen nicht willkommen zu heißen. Die Voraussetzungen für eine Willkommens- und Wertschätzungskultur, die sich am Leitbild einer inklusiven Gesellschaft ausrichtet, sind nicht nur eine gesellschaftliche Verpflichtung, sondern angesichts der demografischen Entwicklung auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um Wohlstand zu erwirtschaften und wettbewerbsfähige

<sup>52</sup> Positionspapier Niedersachsen, [www.iq-niedersachsen.de/iq/sites/default/files/.../Positionspapier\\_2014.pdf](http://www.iq-niedersachsen.de/iq/sites/default/files/.../Positionspapier_2014.pdf)

<sup>53</sup> dito

hig zu bleiben. Diese Aufgabe verlangt Einsatz und Engagement von vielen Akteuren in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.<sup>54</sup>

## 2.5 Arbeitsmarktinklusio n – ein Schritt zu mehr gleichberechtigter Teilhabe

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Arbeitsmarkt aus den Fugen geriet. Der Arbeitsmarkt ist von prekärer sowie atypischer Arbeit, Aufsplitterung der Arbeitsverhältnisse, Niedriglohnsektor und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit geprägt. Um dies zu ändern müssen die Rahmenbedingungen geändert werden. Bei der Jobvermittlung dürfen Qualifikationen von Arbeitslosen nicht entwertet werden, ihren Potenzialen ist stärker nachzuspüren, um zielgerichteter neue Beschäftigung zu finden.

Die Broschüre der Bundesagentur für Arbeit "Der Arbeitsmarkt in Deutschland - Die Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen" belegt: Das Risiko, länger als 12 Monate arbeitslos zu sein, ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Menschen mit einer guten Berufsausbildung werden seltener arbeitslos und finden bei einem Eintritt der Arbeitslosigkeit tendenziell wieder schneller einen Job als Menschen ohne eine formale Berufsausbildung. In Bremen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen besonders hoch, in Süddeutschland liegt er erkennbar niedriger.<sup>55</sup>

Gute Erwerbsarbeit ist zentral für die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. Mit Erwerbslosigkeit - gerade wenn sie unfreiwillig länger andauert - verbindet sich in der Regel Armut und soziale Ausgrenzung. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes lag die Armutsgefährdung von Erwerbslosen 2013 bei 69 Prozent und damit viermal so hoch wie im Durchschnitt der Bevölkerung.

Die anhaltend hohe Langzeiterwerbslosigkeit erfordert eine dringende und nachhaltige Lösung. Im Oktober 2014 gab es über eine Million Menschen, die ein Jahr oder länger als arbeitslos registriert waren. Mit 38,6 Prozent ist das mehr als jede/r dritte Erwerbslose. Langzeiterwerbslose haben in den zurückliegenden Jahren kaum vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitiert.

Langzeiterwerbslose werden oft stigmatisiert, ihre angeblichen Schwächen und Defizite betont und sie werden mit Sperrzeiten und Sanktionen unter Druck gesetzt. Dabei zeigen alle Untersuchungen, dass die große Zahl der Betroffenen arbeiten will und kann.

**Langzeitarbeitslose dürfen nicht länger abgehängt werden.**

Gerade Langzeitarbeitslose brauchen im Alltag und bei der Jobsuche Ansprechpartner, die bereit sind mit ihnen gemeinsam Barrieren aus dem Weg zu räumen. Nicht selten resultiert Langzeitarbeitslosigkeit aus objektiv schwierigen Ausgangsbedingungen: Gravierende gesundheitliche Einschränkungen, psychosoziale Problemlagen, Suchterkrankungen, Überschuldung usw. beschreiben den komplexen Unterstützungsbedarf zahlreicher SGB-II-Empfänger\_innen. Diese Faktoren addieren sich zu multiplen Vermittlungshemmnissen. Besonders perfide: diese Hemmnisse sind nicht selten durch die lange Erwerbslosigkeit mit bedingt. Ein Kreislauf, aus dem viele aus eigener Kraft nicht mehr herauskommen.<sup>56</sup>

Die deutliche Kürzung der Fördermittel - insbesondere im Hartz IV-System - macht sich längst negativ bemerkbar. Seit 2008 hat sich bei den Langzeitarbeitslosen die Zahl der geförderten Personen halbiert. Auch die Förderschwerpunkte sind zu einseitig: Nur 16 Prozent der Langzeitarbeitslosen, die gefördert werden, nehmen an einer Weiterbildung teil. Bei der Weiterbildung klafft eine große Lücke zwischen Bedarf und tatsächlicher Förderung. Aktivierung allein löst die Probleme der Langzeitarbeitslosen nicht, sondern führt allenfalls zu einer vorübergehenden Beschäftigung.

<sup>54</sup> dito

<sup>55</sup> <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte/Arbeitsmarkt-Allgemein/Arbeitsmarkt-Allgemein-Nav.html>

<sup>56</sup> <https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++3e96492a-7575-11e4-b167-525400248a66>

Der Sozialverband Deutschland fordert ein Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik: Arbeitslose Menschen dürfen nicht länger als Menschen mit Defiziten betrachtet und ausgesondert werden. Die Stärkung ihrer Kompetenzen und Fähigkeiten muss im Vordergrund der künftigen Arbeitsmarktpolitik stehen. Dies erfordert ein ausreichendes Angebot an qualifizierter Arbeit mit fairer Entlohnung und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Langzeitarbeitslose Menschen, die über einen längeren Zeitraum erwerbstätig waren und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, müssen finanziell besser gestellt werden. Für sie muss es eine zusätzliche Geldleistung zu „Hartz IV“ geben, um ihr Armutsrisiko abzufedern. Die Vermittlung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen ist erheblich zu verbessern. Die Betreuungs-, Vermittlungs- und Eingliederungsleistungen sind für sämtliche Arbeitslosen allein bei der Bundesagentur für Arbeit anzusiedeln.<sup>57</sup>

Auch beim Weiterbildungsprogramm „Zweite Chance“ für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss liegen die Jobcenter deutlich hinter den Arbeitsagenturen zurück, obwohl hier die Probleme deutlich größer sind als in der Arbeitslosenversicherung. „Fördern und Fordern“ muss endlich mehr als ein unverbindlicher Anspruch sein, deshalb muss hier deutlich mehr geschehen.

### Eine Kurskorrektur der Arbeitsmarktpolitik ist dringend geboten.

Wir brauchen eine neue Ordnung des Arbeitsmarktes. Hierfür sind gesetzliche Rahmenbedingungen wie zum Beispiel eine grundlegende Reform der geringfügigen Beschäftigung erforderlich. Aber auch die Arbeitsmarktpolitik muss als wichtiger Teil einer umfassenden Beschäftigungspolitik stärker darauf ausgerichtet werden, dass die Menschen gute Arbeit haben, von der sie leben können – in Zeiten von Arbeit ebenso wie bei Arbeitslosigkeit oder später in der Rente. Daher muss die Arbeitsmarktpolitik einen aktiven Beitrag zur Sicherung der Ordnung am Arbeitsmarkt leisten. Dafür muss die nachhaltige und qualifikationsgerechte Vermittlung im Vordergrund stehen und tarifliche Regelungen müssen stärker beachtet werden. Arbeitsmarktpolitik und deren Steuerung muss darauf ausgerichtet sein, langfristige Perspektiven für eine eigenständige Existenzsicherung und für die Betriebe zu schaffen. Dafür sind der Vermittlungsvorrang und die Regelungen zur Zumutbarkeit von Arbeit sozialstaatlich zu regeln.

Eine gute Ausbildung und lebenslanges Lernen sichern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Beschäftigungs- und Entwicklungschancen der Menschen. Die Investitionen in Bildung müssen deutlich erhöht werden. Vor allem abschlussorientierte Maßnahmen müssen für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik wieder stärker gefördert werden.

Nicht für alle Arbeitslosen kommt eine Qualifizierung oder unmittelbare Integration in Arbeit in Betracht. Mittlerweile setzt sich die Erkenntnis immer mehr durch, dass für einen Teil der Arbeitslosen die rigorose Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt unter dem Motto „Fördern und Fordern“ an Grenzen stößt. Eine der größten Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik ist die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Hier ist eine intensive Beratung und Betreuung, auch im Hinblick auf sozial-integrative Unterstützung der Betroffenen, nötig. Durch einen Ausbau der kommunalen Hilfen, eine Neuordnung der öffentlich geförderten Beschäftigung und der Förderung von Beschäftigung im sozialwirtschaftlichen Bereich müssen Menschen nach langer Beschäftigungslosigkeit beim Wiedereinstieg in das Erwerbsleben intensiver begleitet werden, zumindest aber Chancen bekommen, am sozialen Leben weiter teilzuhaben.

Zu den Forderungen einer Neuausrichtung zählen u.a.: aktiv gegen sittenwidrige Löhne vorzugehen; Lohnkostenzuschüsse nur bei tariflicher Bezahlung zu gewährleisten; die sog. Zumutbarkeit neu zu definieren und nur auf Arbeitsplätze zu vermitteln, die tariflichen Regelungen entsprechen.

Die Hartz IV-Regelungen müssen menschenwürdig ausgestaltet werden. Als ersten Schritt sind die Regelsätze über die Armutsschwelle anzuheben. Außerdem sind die Kinderbeträge als Einstieg in eine eigenständige Kindergrundsicherung neu zu berechnen.

Arbeits- und sozialrechtliche Regelungen müssen den Veränderungen angepasst werden. Die Modernisierung der Arbeits(losen)versicherung steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Reform der Ar-

<sup>57</sup> [https://www.sovd.de/fileadmin/downloads/broschueren/pdf/2014\\_broschuere\\_inklusion\\_statt\\_hartz.pdf](https://www.sovd.de/fileadmin/downloads/broschueren/pdf/2014_broschuere_inklusion_statt_hartz.pdf)

beitsmarktpolitik, um die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu überwinden. Ziel muss es sein, Ansätze für Teilhabe an "guter Arbeit" sowie individuelle und berufliche Entwicklungschancen zu fördern.

Gute Arbeit macht weder krank noch arm – sie verbindet Aus- und Weiterbildung, existenzsichernde Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen, partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz und dauerhafte Persönlichkeitsentfaltung miteinander. Entschleunigung, umfassende Barrierefreiheit, diskriminierungsfreie Strukturen, nachhaltige Förderung von Menschen mit Behinderung sowie wirksame Anreize für Arbeitgeber, diese zu beschäftigen, sind Maßnahmen, die sowohl allen Beschäftigten als auch Arbeitgebern zugutekommen.

Arbeitsmarktpolitik greift heute an vielen Stellen die Defizite anderer Politikbereiche auf. So ist sie beispielsweise zu einem „Reparaturbetrieb“ für unzulängliche Bildungspolitik geworden. Gleichzeitig werden vielfach aber auch die Möglichkeiten von Arbeitsmarktpolitik überschätzt. Sie kann weder Bildungs-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik ersetzen, noch kann sie eine Selektion in marktnahe und marktferne Arbeitslose gänzlich verhindern. Sie kann aber zum Ausgleich von Nachteilen beitragen; sei es durch die Förderung von beruflicher Mobilität, durch die Unterstützung beim Ausbau der individuellen Beschäftigungsfähigkeit und durch die Unterstützung bei der regionalen Mobilität. Im Falle von Arbeitslosigkeit kann sie den Verlust des Erwerbseinkommens durch ein auskömmliches Arbeitslosengeld und existenzsichernde Hartz-IV-Regelsätze abfedern

### **Schlusswort**

Der soziale Zusammenhalt muss gestärkt werden! Es kann nicht dem eigenen Gerechtigkeitsanspruch einer der reichsten Industrienationen genügen, dass rund jedes siebte Kind (in Ostdeutschland jedes Vierte) in armen Verhältnissen aufwächst, Bildungschancen stark von sozialer Herkunft abhängen und viele Menschen, insbesondere Geringqualifizierte, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben. Wenn es keine oder nur noch geringe Möglichkeiten gibt, wie es in Deutschland der Fall ist, diese soziale Lage – und sei es über Generationen hinweg – zu verändern, muss eine demokratische Gesellschaft alarmiert sein, da sie dann den Grundsatz der Chancengleichheit massiv verletzt.

Die Europäische Kommission hat in ihrer Mitteilung "Eine erneuerte Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts" bekräftigt, dass in Gesellschaften, in denen alle Menschen als gleichwertig betrachtet werden, niemandem der Weg zur Nutzung der Chancen durch künstliche Hindernisse oder Diskriminierung verstellt werden sollte. Diskriminierungen aus Gründen wie der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung etc. können die Verwirklichung der im EG-Vertrag festgelegten Ziele unterminieren, insbesondere die Erreichung eines hohen Beschäftigungsniveaus und eines hohen Maßes an sozialem Schutz, die Hebung des Lebensstandards und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sowie die Solidarität. Solidarität muss wieder einen hohen Stellenwert ebenso wie Freiheit und Gerechtigkeit, in der Gesellschaft einnehmen. Sie beginnt im Kleinen und wirkt noch im Globalen. Dass solidarisch alle besser leben, finden die Meisten. Sie wollen faire Chancen und Einkommen, humane Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit. Dafür muss man solidarisch fühlen, aber auch handeln und notfalls kämpfen. Solidarität ist die Macht der Vielen.

Eins der größten Hindernisse der Verwirklichung dieser Ziele ist die Einstellung vieler Politiker und Entscheidungsträger zu diesem Thema. Sie selbst sind privilegiert und sind mit dem „*Status quo*“ zufrieden. Sie

- nehmen eine Blockadehaltung ein, weil ihnen das Thema „lästig“ ist.
- möchten nicht wahrnehmen, dass bei den vorgenannten Themen ein akuter Handlungsbedarf besteht.
- wollen die damit zu erreichenden Vorteile nicht sehen.
- wollen die bestehenden sozialen Verhältnisse nicht in Frage stellen.

Bei der Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe muss, wie es auch die Europäische Union tut, ein ganzheitlicher Ansatz, d.h. Gleichstellung und Gleichbehandlung, Wertschätzung und Nutzung der Vielfalt (Diversity), Schutz vor Diskriminierung und die aktive Bekämpfung von Diskriminierung (Antidis-

kriminierung<sup>58</sup>) bilden eine Einheit, verfolgt werden. Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit müssen integraler Bestandteil sein.

Dort, wo ein modernes Unternehmen Nutzen aus der Vielfalt ziehen würde, herrscht in der Politik also offene, gewollte und angekündigte Diskriminierung.<sup>59</sup> Auf diese Weise erreicht der deutsche Staat nicht einmal das elementare Niveau des Diversity Managements: die Diskriminierungsfreiheit – ganz zu schweigen von einer wertschätzenden Atmosphäre oder der konstruktiven Nutzung von Vielfalt.<sup>60</sup>

Auch viele Landespolitiker wollen sich mit dem Thema nicht befassen und verweisen daher auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und wollen nicht wahrnehmen, dass das AGG nicht für die Kompetenzbereiche ihrer Länder (Polizei, Schule, Verwaltung usw.) anwendbar ist. Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass mit Landesantidiskriminierungsgesetzen wichtige rechtliche Grundlagen für die Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe geschaffen werden.



Quelle: pixxelio.de

Die unzureichende Sensibilisierung der Öffentlichkeit und die unzureichende und nicht immer objektive Thematisierung durch die Medien sind als weitere Hindernisse zu nennen. Aber auch diskriminierende Regelungen und Strukturen sowie fehlende Strategien und Konzepte erschweren die Verwirklichung einer wirksamen Teilhabepolitik. Daher muss unter anderem die Öffentlichkeit für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sensibilisiert und Maßnahmen entwickelt werden, um Ausgrenzung und Benachteiligung aktiv entgegenzuwirken.

Eine Gesellschaft ist dann lebenswert, wenn sie allen die gleichen Handlungsmöglichkeiten einräumt und jedem die gleichen Chancen bietet: Kinder aus ärmlichen und wohlhabenden Verhältnissen, Erwerbstätige und Erwerbslose, Männern wie Frauen, Deutschen wie Migranten, Jungen wie Alten, Hetero- wie Homosexuellen, Ost- und Westdeutschen, etc..

Chancengleichheit für vielfältig verschiedene Menschen zu gewährleisten mag dabei für manche vor allem eine Frage der Menschlichkeit und Gerechtigkeit darstellen. Sie nur so zu sehen greift indes zu kurz. Denn Chancengleichheit kann und muss immer auch ökonomisch verstanden werden. Kreativität und Innovation – jene Grundkräfte moderner, global vernetzter wettbewerbsorientierter Unternehmen und Volkswirtschaften also – gedeihen heute nur auf der Grundlage großer Diversität (Vielfalt) der sie schaffenden Menschen. Anzuerkennen und wertzuschätzen, dass die Menschen in einer Gesellschaft so vielfältig verschieden sind wie die Anzahl der Individuen, die in ihr leben, ist also nicht nur human und fair, sondern auch wirtschaftlich vernünftig. Genauso human und vernünftig ist es, dass man es beim Anerkennen und Wertschätzen nicht bewenden lassen kann, sondern dass es auch um die Nutzung dieser Vielfalt geht – durch mehr Chancengleichheit auch für lange ausgegrenzte Gruppen, in deren Interesse und im Interesse aller.<sup>61</sup>

Eine Politik zur Erhöhung von Aufstiegschancen, die allein auf Wachstums- oder expansive Bildungspolitik setzt, wird ihr Ziel mit großer Sicherheit verfehlen. Eine gezielte Förderung von Aufstiegsmobilität ist ohne eine Reduktion ökonomischer Verteilungsungleichheiten aller Voraussicht nach nicht zu haben. Darum laufen Beschwörungen von Chancengleichheit, die nicht zugleich die Reduktion von Verteilungsungleichheiten thematisieren, systematisch ins Leere.<sup>62</sup>

<sup>58</sup> Unter Antidiskriminierung werden im Allgemeinen die aktiven Maßnahmen gegen Diskriminierung verstanden.

<sup>59</sup> dito

<sup>60</sup> dito

<sup>61</sup> Jens Schadendorf - Der Regenbogen-Faktor, erschienen im Redline Verlag (13. Juni 2014), ISBN 978-3-86881-527-6)

<sup>62</sup> <http://www.bpb.de/apuz/201649/ende-der-aufstiegsgesellschaft?p=all>



Quelle: pixxelio.de

Ein Sozialstaat funktioniert nur mit einem Mindestmaß an gesellschaftlichem Zusammenhalt. Er ist gefährdet, wenn alle auseinanderdriften. Ohne eine annähernde Ebenbürtigkeit aller funktioniert Demokratie nicht.<sup>63</sup> Daher ist soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

---

<sup>63</sup> <http://www.zeit.de/2014/13/soziale-gerechtigkeit-roman-sandgruber/seite-2>